

Federführend: A 20 Kämmereiamt	AZ: Berichterstatter/-in: Herr Sonders
Beratungsfolge: Datum Gremium 29.09.2022 Rat der Stadt Alsdorf	
Benehmensherstellung zur Festsetzung der Regionsumlage im Rahmen des Haushaltsentwurfs 2023 der StädteRegion Aachen	

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Das Benehmen der Stadt Alsdorf hinsichtlich der von der StädteRegion Aachen in ihren Eckpunkten zum Haushalt 2023 mitgeteilten Umlagesatz i.H.v. 37,3 % für das Haushaltsjahr 2023 wird unter folgenden Bedingungen hergestellt:
 - a. Die StädteRegion wird angehalten, zur Minimierung künftiger Risiken für die Stadt Alsdorf aus der Regionsumlage, ihre Konsolidierungsbemühungen weiter zu intensivieren.
 - b. Sollten sich bis zur Beschlussfassung über den Städteregionshaushalt 2023 noch Ertragseinbußen und/oder Mehraufwendungen ergeben, dürfen diese nicht zu einer Erhöhung der mitgeteilten Umlagesätze führen, sondern müssen durch Einsparungen oder einer zusätzlichen Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage kompensiert werden.
 - c. Die Städteregion wird angehalten, die Erwartung an den Landschaftsverband Rheinland (LVR) bezüglich einer Senkung des LVR-Umlagesatzes gegenüber dem LVR zu äußern und auf eine Senkung hinzuwirken.
 - d. Sollten sich bis zur Beschlussfassung über den Städteregionshaushalt 2023 Verbesserungen gegenüber den Eckdaten ergeben, sind diese zur Senkung des Umlagesatzes zu verwenden.
2. Das Benehmen der Stadt Alsdorf hinsichtlich der ÖPNV-Umlage für das Jahr 2023 mit einem Umlagevolumen i.H.v. 19,561 Mio. € wird hergestellt.

Darstellung der Sachlage:

Mit Schreiben vom 09.08.2022 hat die StädteRegion Aachen das Benehmensverfahren zur Festsetzung der Regionsumlage im Rahmen des Haushaltsentwurfes 2023 eingeleitet und hierbei den regionsangehörigen Städten und Gemeinden eine Frist bis zum 20.09.2022 eingeräumt, um eine Stellungnahme hierzu abzugeben. Da die sog. Arbeitskreisrechnung zum Finanzausgleich 2023 beim Haushaltsentwurf der Städteregion noch nicht vorlag, hatte die Städteregion eigene Berechnungen angestellt. Am 30.08.2022 wurde die Arbeitskreisrechnung veröffentlicht und mit Schreiben vom 06.09.2022 hat die Städteregion Aachen die Eckdaten zum Haushaltsentwurf fortgeschrieben.

Als **Anlage 1** sind die Ursprungsunterlagen vom 09.08.2022 in einem Sammeldokument zusammengefügt und als **Anlage 2** sind die fortgeschriebenen Unterlagen vom 06.09.2022 beigelegt.

Zu den beigelegten Unterlagen werden folgende wesentliche Eckpunkte zusammengefasst:

Jahresabschluss 2021

Das Ergebnis des Haushaltsjahres 2021 konnte zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Eckdatenpapiers noch nicht festgestellt werden, da die Arbeiten zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2021 noch andauern. Es kann jedoch mit Gewissheit davon ausgegangen werden, dass der im Haushaltsplan 2021 veranschlagte Fehlbedarf und die damit einhergehende geplante Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage von rd. 5,4 Mio. € nicht eintreten wird, was auf einige unerwartete Entwicklungen zurückzuführen ist.

Haushaltsbewirtschaftung 2022

Prägend für die Entwicklung des Haushalts 2022 sind insbesondere drei Faktoren:

- die weiterhin entstehenden Auswirkungen der Corona-Pandemie,
- die Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe und
- die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs.

Bei der Bewirtschaftung des Haushaltes 2022 zeichnet sich nach dem Stand des 1. Budgetberichtes zum 31.03.2022 (der 2. Budgetbericht mit Stand 30.06.2022 konnte aufgrund technischer Probleme noch nicht erstellt werden) – unter allem Vorbehalt – ein Fehlbedarf in der Größenordnung von rd. 7,1 Mio. € ab, das ist eine um rd. 2,8 Mio. € höhere Belastung als der veranschlagte Fehlbedarf von rd. 4,3 Mio. €. Es wird jedoch unterstellt, dass dies im Rahmen der weiteren Haushaltsbewirtschaftung 2022 aufgefangen werden kann. Selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, hat das voraussichtlich keine Auswirkungen auf die mittelfristige Planung, weil der wesentliche Teil dieser prognostizierten Verschlechterung auf Unterdeckungen im Rettungsdienst zurückzuführen ist, welche in kommenden Kalkulationsperioden wieder in die Gebühren eingerechnet und damit aufgeholt werden können.

Diese Aussicht für das Jahr 2022 steht allerdings unter dem Vorbehalt, dass wie veranschlagt die Corona- Auswirkungen nach dem NKF-CIG isoliert werden können, dass die veranschlagten bzw. eintretenden Belastungen aus der Hochwasserkatastrophe über die entsprechenden Aufbauhilfen refinanziert werden und dass die direkten Auswirkungen des Ukraine-Kriegs (z.B. in Form erhöhter SGB II-Aufwendungen) durch die entsprechenden Ukraine-Hilfsmittel von Bund/Land refinanziert werden bzw. im Übrigen (z.B. erhöhte Energiepreise) im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung kompensiert werden können.

Planungsgrundlagen

Auch für das Jahr 2023 ist nach dem „Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften (NKF-CIG)“ die Möglichkeit eröffnet, die planerischen, pandemiebedingten Schäden zu isolieren, in einer sogenannten Bilanzierungshilfe zu aktivieren und somit das Ergebnis des Jahres 2023 nicht damit zu belasten. Die zu isolierenden Bereiche und – mit Ausnahme des Jugendamtes – damit auch die Beträge sind allerdings gegenüber den Jahren 2020 bis 2022 deutlich rückläufig. Zur Isolierung vorgesehen ist in 2023 nur noch der erhöhte Zuschussbedarf des Grenzlandtheaters mit einem Betrag von rd. 937 T€, die verminderte Gewinnausschüttung der Sparkasse (Altkreisanteil) von 875 T€, die Kosten der Jugendhilfe mit rd. 1.816 T€ sowie die Kosten der Digitalisierung und Informationstechnik mit 100 T€.

Die Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe wurden im Haushaltsentwurf 2023 mit einer erwarteten vollen Refinanzierung aus Versicherungsleistungen bzw. aus der Wiederaufbauhilfe berücksichtigt.

Für die Landschaftsumlage wurde der im Doppelhaushalt des LVR für das Jahr 2023 festgesetzte Umlagesatz von 16,65 % berücksichtigt.

Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine wurden in den verschiedenen Bereichen berücksichtigt:

Insbesondere wurden steigende Fallzahlen und daraus resultierende Kosten im SGB II (Kosten der Unterkunft, KdU) eingeplant, wobei in der Planung unterstellt wurde, dass die durch Ukraine-Flüchtlinge ausgelösten Zusatzkosten - wie schon in 2022 mit den Ukraine-Hilfsmitteln des Bundes - auch in 2023 entsprechend finanziert werden. Auf das mit dieser Veranschlagung entsprechender Einnahmen verbundene Risiko ist an dieser Stelle hinzuweisen.

Weiterhin wurden erhebliche Kostensteigerungen bei der Bewirtschaftung und Unterhaltung der Bürogebäude, Schulen, KiTa's pp. (Gas, Strom, pp.) eingeplant, die in Summe mehr als 6 Mio. € ausmachen.

Auch im Ausländeramt sowie in weiteren Bereichen sind Zusatzkosten durch die Ukraine-Situation eingeplant.

Für den Entwurf des Ergebnisplans 2023 werden nachstehend zunächst die wichtigsten Grundlagen für die Berechnung der Allgemeinen Deckungsmittel dargestellt.

Steuerkraftzahl und Schlüsselzuweisungen

Am 30.08.2022 wurde die Arbeitskreisrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2023 (GFG) vom Land veröffentlicht. Die eigenen Berechnungen der Städteregion aus dem Eckdatenpapier vom 09.08.2022 sind somit hinfällig. Die Steuerkraftmesszahl der Städteregion angehörigen Kommunen steigt von 753.625.035,35 € in 2022 auf 812.746.269,99 € in 2023, dies entspricht einer Steigerung von 7,3%. Die Schlüsselzuweisungen steigen von 310.004.362,00 € in 2022 auf 337.211.098,00 € in 2023 und steigen demnach um rund 8,1 %.

Alleine die Steuerkraftmesszahl der Stadt Alsdorf steigt von 47.855.779,68 € in 2022 auf 50.745.821,13 € in 2023, dies entspricht einer Steigerung von 5,7%. Die Schlüsselzuweisungen der Stadt Alsdorf steigen von 39.767.799,00 € in 2022 auf 42.936.129,00 € in 2023 und steigen demnach um rund 7,4 %.

Umlagegrundlagen

Aufgrund der deutlich gestiegenen Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen der ra. Kommunen, steigen nach dem System des GFG die Umlagegrundlagen für die StädteRegion Aachen kräftig um rund 86 Mio. € auf 1.150 Mio. €.

Orientierungsdaten

Der Orientierungsdatenerlass für die mittelfristige Ergebnisplanung 2024 bis 2026 wird voraussichtlich erst Ende September 2022 veröffentlicht. Da die vorjährigen Orientierungsdaten vom 17./20.08.2021 hinsichtlich der Steuereinnahmen sehr deutlich von der tatsächlichen Entwicklung abweichen, scheinen diese als Grundlage für die weitere Planung ungeeignet zu sein. Zudem enthielt der Erlass keine konkreten Vorgaben zur Aufwandssteigerung. Mangels anderer belastbarer Erkenntnisse wurden daher für die Erträge die am ehesten als realistisch einzustufenden Steigerungsraten aus der (regionalisierten) Steuerschätzung von Mai 2022 der Mittelfristplanung 2024 bis 2026 zugrunde gelegt. Für das Jahr 2023 wurden die Ansätze individuell geplant bzw. für den Finanzausgleich wurden die Werte aus den vorstehend beschriebenen individuellen Berechnungen berücksichtigt. Hinsichtlich der Aufwandssteigerungen wurde auf die fortgeschriebenen vorvorjährigen Orientierungsdaten zurückgegriffen.

Die StädteRegion hat sich daher entschlossen, die (moderaten) Steigerungsraten des vorvorjährigen Orientierungsdatenerlasses für Aufwendungen unverändert fortzuschreiben.

Landschaftsverbandsumlage

Die verbesserten Umlagegrundlagen, wie auch der im Rahmen des Doppelhaushalts 2022/2023 des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) für 2023 beschlossene Umlagesatz von 16,65 % (2022: 15,2 %) schlagen in vollem Umfang auf die Umlage des LVR durch und führen zu einer deutlich höheren Zahllast für die StädteRegion Aachen. Die Steigerung gegenüber dem Ansatz 2022 beträgt **rd. 26,6 Mio. € oder rd. 15,8 %**. Für 2024 ff. werden die angenommenen weiteren Steigerungen bei jeweils zwischen ca. 7 Mio. € und 8,5 Mio. €, entsprechend der angenommenen Steigerung der Umlagegrundlagen, aber keiner weiteren Steigerung des Umlagesatzes, liegen.

Auch für den LVR ergeben sich nach der Arbeitskreisrechnung vom 30.08.2022 deutlich höhere Umlagegrundlagen und Schlüsselzuweisungen, als der LVR seiner Planung für 2023 zugrunde gelegt hat. **Diese Positivabweichungen sind so erheblich, dass seitens der StädteRegion, aber sicherlich auch seitens der übrigen umlageverpflichteten Kommunen, die deutliche Erwartung an den LVR gestellt werden wird, dass auf diese unerwartet positive Entwicklung mit einer deutlichen Senkung des LVR-Umlagesatzes für 2023, ggf. in Form eines Nachtrags, reagiert werden muss. Bei der derzeitigen Positivabweichung ist eine Senkung der LVR-Umlage um mindestens 2,1 %-Punkte ohne Verlust seitens des LVR möglich.**

Eine Senkung der LVR-Umlage um 2,1 %-Punkte entspricht in etwa einer Senkung der Städteregionsumlage um 2,1 %-Punkte. Mit der aktuellen Umlagegrundlage würde eine Senkung der LVR-Umlage um 2,1 %-Punkte, die Stadt Alsdorf in Höhe von rund 1,9 Mio. € entlasten.

Sofern sich hier im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung über den städteregionalen Haushalt 2023 bis zur geplanten Verabschiedung am 08.12.2022 konkrete Veränderungen abzeichnen oder bis dahin im LVR bereits beschlossen sein sollten, wird dies ebenfalls zu einer Reduzierung der Umlagesätze führen.

Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die Gesamt-Personal- und Versorgungsaufwendungen steigen von rd. 141,8 Mio. € (Ansatz 2022) auf 146,5 Mio. € (Ansatz 2023) um 3,32 %.

Im Stellenplan 2023 sind vom SRA am 15.06.2022 Mehrbedarfe, **insgesamt Stellen im Umfang von 38,5 VZÄ**, beschlossen worden.

Zuschussbedarf im Bereich der Sozialleistungen

Im Budget „Sozialleistungen“ ist für das Haushaltsjahr 2023 im Saldo mit einem Zuschussbedarf von rund 133 Mio. € (ohne Verwaltung und sonstige Bereiche) und damit einer Belastung der Regionsumlage (anteilig Stadt Aachen über differenzierte Umlage bzw. Altkreis Aachen über Allgemeine Regionsumlage) um diesen Betrag zu rechnen. Im Verhältnis zum Haushaltsansatz 2022 ergibt sich eine Verschlechterung in Höhe von insgesamt rund 4,2 Mio. €. Ursächlich dafür ist insbesondere der bereits im Vorjahr angekündigte Wegfall des Einmaleffekts bei der Hilfe zur Pflege aufgrund des Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes.

Bei den Ausgleichsleistungen aus der Wohngeldersparnis des Landes ist mit einer erheblich geringeren Zuweisung in 2023 zu rechnen, der Betrag sinkt voraussichtlich von 9,2 Mio. € auf nur noch 6,7 Mio. €.

Berechnung der allgemeinen Regionsumlage

Auf Basis der zuvor dargestellten Planungsgrundlagen und den fortgeschriebenen Eckdaten vom 06.09.2022 kann der Umlagesatz 2023 der Regionsumlage auf dem Vorjahresniveau

von 37,3 %

gehalten werden. Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage bzw. der Fehlbedarf der Städteregion wird in 2023 bei rund 11,95 Mio. € liegen.

Die Zahllast der Altkreiskommunen für die allgemeine Regionsumlage steigt von bisher 197,6 Mio. € in 2022 um 15 Mio. € auf 212,6 Mio. € in 2023.

Für die Stadt Alsdorf bedeutet dies, dass die Städteregionsumlage von bisher 32,7 Mio. € in 2022 um 2,2 Mio. € auf insgesamt 34,9 Mio. € in 2023 ansteigt.

Ausblick

Die in die Planung 2023 nunmehr einbezogenen Zahlen der Arbeitskreisrechnung führen in der Fortschreibung für die Jahre 2024 bis 2026 unter entsprechend veränderter geplanter Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zu der Möglichkeit, die Regionsumlage auf **konstant 37,5 %** zu senken (geplanter Umlagesatz 2024 ff. in der Mittelfristplanung des beschlossenen Haushalts 2022: je 39,0 %; geplanter Umlagesatz 2024 ff. laut Eckdatenpapier vom 09.08.2022: je 38,5 %). Das setzt allerdings voraus, dass die vorhergesehenen und noch nicht durch Orientierungsdaten untermauerten positiven Entwicklungen insbesondere bei den Steuereinnahmen und damit mittelbar auch bei den Schlüsselzuweisungen eintreten und dass die Belastungen und Kostensteigerungen aus der Aufgabenerfüllung nicht unerwartet stark an verschiedenen Stellen ansteigen.

Berechnung der Regionsumlage Mehrbelastung ÖPNV

Für das Jahr 2023 ist entsprechend der mittelfristigen Vorausschau des Zweckverbandes AVV (Verbandsversammlung vom 24.11.2021) von einer anteiligen Verbandsumlage in Höhe von 19,561 Mio. € auszugehen. Hierauf wird die Nahverkehrspauschale in Höhe von 100 T€ angerechnet.

Die ÖPNV-Umlage der Stadt Alsdorf steigt von bisher 2,241 Mio. € in 2022 um 347 Tsd. € auf 2,588 Mio. € in 2023.

Darstellung der Rechtslage:

Das „Gesetz über die Genehmigung der Kreisumlage und anderer Umlagen“ (Umlagegenehmigungsgesetz – UmlGenehmG) sieht u. a. ein Beteiligungsrecht der kreisangehörigen Gemeinden bei der Aufstellung des Kreishaushaltes nach § 55 KrO NRW vor.

Demnach erfolgt u.a. die Festsetzung der Regionsumlage im Benehmen mit den kreisangehörigen Gemeinden.

Ziel des Benehmensherstellungsverfahrens ist eine Verfahrensdichte bei der Beteiligung der regionsangehörigen Kommunen vor Aufstellung des Entwurfes des Städteregionshaushaltes. Das Verfahren bietet dabei die Chance, zu politisch gemeinsam getragenen Inhalten zu kommen. Die Einleitung des Verfahrens umfasst dabei die Unterrichtung über die Frist, die Möglichkeit zur Stellungnahme sowie Informationen zur vorgesehenen Höhe des Umlagesatzes.

Darstellung der finanziellen Auswirkungen:

Für die Stadt Alsdorf ergibt sich bei dem Umlagesatz in Höhe von **37,3 %** in 2023 eine Mehrbelastung bei der StR-Umlage in Höhe von **2,2 Mio. €**.

Die ÖPNV-Umlage für das Jahr 2023 steigt im Vergleich zu 2022 um **347 Tsd. €**.

Darstellung der ökologischen und sozialen Auswirkungen:

Entfällt.

Anlage:

Anlage 1 - Eckdatenpapier Städteregion HH 2023 inklusive Anlagen
Anlage 2 - Fortschreibung der Eckdaten inklusive Anlagen

gez. Sonders

Bürgermeister

Erster Beigeordneter

Technische Beigeordnete

gez. Hafers

Kämmerer

Referat Jugend, Schulen und Sport

Kaufmännischer Betriebsleiter ETD

Technischer Betriebsleiter ETD

Rechnungsprüfungsamt



Lt. Verteiler

- vorab per E-Mail -

**Haushaltsentwurf 2023;
Benehmensherstellung zur Festsetzung der Regionsumlage
hier: Eckdaten**

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie die Eckdaten zum Haushaltsentwurf der StädteRegion für das Haushaltsjahr 2023.

Damit ist das Benehmensverfahren zur Festsetzung der Regionsumlage gemäß § 55 Kreisordnung NRW eingeleitet und Sie haben bis zum

20.09.2022

Gelegenheit zur Stellungnahme.

Gleichfalls lade ich Sie hiermit zur öffentlichen Sitzung des Städteregionsausschusses am

Donnerstag, 10.11.2022 um 18:00 Uhr

in das Haus der StädteRegion Aachen, Zollernstraße 16, 52070 Aachen, Raum E 072 (Mediensaal), ein und gebe Ihnen damit im Rahmen des Benehmensverfahrens zum Haushalt 2023 Gelegenheit zur Anhörung gem. § 55 Abs. 2 S. 2 der Kreisordnung NRW.

Gerne biete ich an, dass mein Kämmerer Herr Claßen sowie die für die Abrechnungsmodalitäten mit der Stadt Aachen zuständige Sachbearbeiterin Frau Görden zusätzlich die Eckdaten in der geplanten Runde der Kämmerer/Kämmerin Anfang September 2022 erläutern und mit der Runde diskutieren.

Der weitere Terminplan sieht vor, dass die Feststellung des Haushaltsentwurfs durch den Städteregionsrat am 23.09.2022 erfolgt. Der Versand an die Städteregionstagsmitglieder ist für den 05.10.2022 vorgesehen, die Beratungstermine im Städteregionsausschuss sind am 10.11. und am 24.11.2022, die Verabschiedung soll im Städteregionstag am 08.12.2022 erfolgen.

A 20
Kämmerei/Kasse

Dienstgebäude
Zollernstraße 10
52070 Aachen

Telefon Zentrale
0241 / 5198 - 0

Telefon Durchwahl
0241 / 5198 - 2424

Telefax
0241 / 5198 - 82424

E-Mail
thomas.classen@
staedteregion-aachen.de

Auskunft erteilt
Herr Claßen

Zimmer
A 215

Aktenzeichen
(bitte immer angeben)
20.21.01

Datum
09.08.2022

Telefax Zentrale
0241 / 53 31 90

Bürgertelefon
0800 / 5198 000

Internet
[http://www.
staedteregion-aachen.de](http://www.staedteregion-aachen.de)

Bankverbindungen
Sparkasse Aachen
BLZ 390 500 00
Konto 304 204
SWIFT AACSD33
IBAN DE2139050000
0000304204

Postgirokonto
BLZ 370 100 50
Konto 1029 86-508 Köln
SWIFT PBNKDEFF
IBAN DE5237010050
0102986508

Erreichbarkeit
Buslinien 1, 3, 7, 11, 13,
14, 21, 27, 33, 34, 37,
46, 56, 57, 77, 163 bis
Haltestelle Normaluhr.
Ca. 5 Minuten Fußweg
vom Hauptbahnhof.

Die Ermittlung des Regionsumlagebedarfs für das Jahr 2023 steht noch immer unter dem Eindruck der coronabedingten Veränderungen der Finanzbedarfe wie auch der Finanzkraft. Ganz erheblichen Einfluss hat auch der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Die haushaltswirksamen Veränderungen aufgrund der Hochwasserkatastrophe werden aufgrund der erwarteten Refinanzierung über die Aufbauhilfe ergebnisneutral eingeplant.

Aufgrund der Landtagswahlen im Jahr 2022 gibt es noch keine durch die neue Landesregierung beschlossenen Eckpunkte zum GFG 2023 und somit noch keine Arbeitskreisrechnung zur Ermittlung der Steuerkraft und der Schlüsselzuweisungen.

Alle Berechnungen und Prognosen beinhalten die aktuellen Erkenntnisse und die seitens des Landes zur Verfügung gestellten Informationen, insbesondere

- die mitgeteilten Quartalsergebnisse der Steuereinnahmen der Kommunen und des Landes, auf deren Basis die zu erwartende Steuerkraft und die zu erwartenden Schlüsselzuweisungen und damit die Umlagegrundlagen für die Regionsumlage und für die Landschaftsumlage hochgerechnet wurden,
- die im Doppelhaushalt 2022/2023 des Landschaftsverbandes veranschlagte und für die Folgejahre fortgeschriebene Umlage von 16,65% und
- die auf Basis der regionalisierten Steuerschätzung aus Mai 2022 prognostizierbaren Steigerungsraten der Steuereinnahmen für die Mittelfristplanung 2024 bis 2026.

Nachstehend werden daher die wesentlichen Entwicklungen und Veränderungsgrößen aufgezeigt, die zu dem Umlagebedarf im Städteregionshaushalt des Jahres 2023 sowie der Folgejahre führen:

	in Mio. € 2022	in Mio. € 2023
1. Ausgangspunkt ist der Finanzbedarf der Dezernate im HH 2023 von Darin enthalten sind alle Aufwendungen und Erträge zur Erfüllung der Aufgaben im Jahr 2023. Nähere Ausführungen und entsprechende Erläuterungen ergeben sich aus den als Anlage beigefügten Darstellungen.	-291,2	-314,2
Ein erheblicher zusätzlicher Finanzbedarf ergibt sich aus der Landschaftsumlage . Der Landschaftsverband hat im Rahmen seines Doppelhaushalts 2022/2023 den Umlagesatz für das Jahr 2023 von 15,2 % um 1,45 %-Punkte auf 16,65 % angehoben. Da die Umlagegrundlagen für die Landschaftsumlage der StädteRegion in 2023 gegenüber 2022 nach der jetzt vorliegenden und unter allem Vorbehalt eingeschätzten Entwicklung der Steuereinnahmen deutlicher - auf mehr als 1,174 Mrd. € - ansteigen, erhöht sich in absoluten Zahlen die Landschaftsumlage um rd. 26,6 Mio. € und damit von rd. 168,9 Mio. € auf rd. 195,5 Mio. €	-168,9	-195,5
Der Finanzbedarf im Produktbereich „ Allgemeine Finanzwirtschaft “, in welchem die Rückstellungen, insbesondere die Versorgungsrückstellungen, und darüber hinaus die Finanzierungskosten für Kredite und Leasinggeschäfte sowie bis 2021 der Anteil an der Einheitslastenabrechnung veranschlagt werden, beläuft sich auf rd.	-14,7	-12,6
Somit ergibt sich in 2023 ein Gesamtfinanzierungsbedarf von	-474,8	-522,3

2. Einsatz der Ausgleichsrücklage zur Reduzierung des Umlagebedarfs

Nach der bisherigen Mittelfristplanung im Haushalt 2022 war der weitgehende Einsatz der per 31.12.2020 vorhandenen Ausgleichsrücklage von insgesamt rd. 28,5 Mio. € mit rd. 5,4 Mio. € in 2021, mit rd. 4,3 Mio. € in 2022, mit rd. 9,7 Mio. € in 2023, mit rd. 5,9 Mio. € in 2024 und mit rd. 3,3 Mio. € in 2025 zur Reduzierung des Umlagebedarfs vorgesehen. Es verblieben nur noch rd. 20 T€ zur Abdeckung etwaiger eigener Haushaltsrisiken. Nach den Prognosen und dem noch zu erstellenden Entwurf des Jahresabschlusses 2021 wird eine Inanspruchnahme in 2021 entbehrlich. Unter Abzug des in 2022 eingeplanten und nach der aktuellen Prognose notwendigen Einsatzes der Ausgleichsrücklage von rd. 4,3 Mio. € **verbleiben rd. 24,2 Mio. €**. Nach der aktuellen Planung ist **für die Jahre 2023 ff. der weit überwiegende Einsatz** dieser verfügbaren Mittel mit **insgesamt rd. 19,8 Mio. €** vorgesehen, es verbleibt ein rechnerischer Restbestand von rd. 4,4 Mio. €.

Die im Jahr 2023 bis 2025 eingeplanten Inanspruchnahmen orientieren sich an den Beträgen der Mittelfristplanung im Haushalt 2022 und liegen jeweils 200 T€ bis 400 T€ höher. Der verbleibende Betrag ist wegen der Schätzrisiken aufgrund der fehlenden Informationen und Berechnungen zum Finanzausgleich erforderlich, um mögliche Negativabweichungen ohne direkte Reaktion über eine Anhebung des Umlagesatzes abfedern zu können.

3. Finanzausgleich

Finanzbedarf laut vorstehender Ziff. 1

Einsatz der **Ausgleichsrücklage** laut vorstehender Ziff. 2

Verbleibender Finanzbedarf

	2022	2023
	in Mio. €	in Mio. €
	-474,8	-522,3
	<u>4,3</u>	<u>10,0</u>
	<u>-470,5</u>	<u>-512,3</u>

Der Finanzbedarf ist zu decken aus den Allgemeinen Deckungsmitteln. Diese beinhalten die Allgemeine und die differenzierten Regionsumlagen, die Schlüsselzuweisungen sowie die sonstigen Zuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs.

a) differenzierte Umlage Stadt Aachen bei einem Umlagesatz von	175,5 32,8759%	194,5 34,5444%
b) differenzierte Umlage Jugendamt bei einem Umlagesatz von	24,2 26,3505 %	25,2 25,8241 %
c) differenzierte Umlage ÖPNV	17,3	19,5
d) Schlüsselzuweisungen	49,1	49,6
<u>e) Bedarfszuweisungen (Schulpauschale, Inkl.-Pauschale)</u>	<u>6,8</u>	<u>7,3</u>
f) Allgemeine Regionsumlage bei einem Umlagesatz von	<u>197,6</u> 37,3 %	<u>216,2</u> 38,5 %

Der Anstieg der **Allgemeinen Regionsumlage** kann für 2023 trotz der erheblich höheren Landschaftsumlage, die alleine um 1,45 %-Punkte steigt, auf 1,2 %-Punkte begrenzt werden und somit gegenüber der Mittelfristplanung des Haushalts 2022 sogar um 0,5 % auf 38,5 % gesenkt werden. In der Mittelfristplanung kann dieser Satz gehalten werden. Dies gelingt insbesondere dank der Einplanung eines Fehlbedarfs zu Lasten der Ausgleichsrücklage i.H.v. rd. 10 Mio. €. Dennoch ist nicht zu verhindern, dass die Umlage des Jahres 2023 in absoluten Zahlen gegenüber dem Vorjahr für die Altkreiskommunen um rd. 18,6 Mio. € und für die Stadt Aachen um rd. 19,0 Mio. € steigt.

Ursächlich hierfür sind in erster Linie drei Entwicklungen, die sich jeweils in etwa hälftig auf die Umlagen der Stadt Aachen und der Altkreiskommunen auswirken:

- die Steigerung der Landschaftsumlage um rd. 26,6 Mio. €,
- die Steigerung bei der Hilfe zur Pflege um rd. 6 Mio. € (auf den Wegfall des Einmaleffekts für den Haushalt 2022 wurde bereits im letzten Jahr hingewiesen) und
- die zu befürchtenden, teilweise dieses Jahr schon eintretenden und für 2023 mit insgesamt rd. + 6 Mio. € eingeplanten Steigerungen der Unterhaltungs- und Bewirtschaftungsaufwendungen insbesondere für die Schul- und Dienstgebäude (Gas, Strom, pp.)

Die StädteRegion profitiert und partizipiert von der unerwartet positiven Entwicklung der Steuerkraft und der Schlüsselzuweisungen der Kommunen, die zusammen die Umlagegrundlagen darstellen. Gleichzeitig führt das aber auch zu der deutlich erhöhten Landschaftsumlage.

4. Mittelfristplanung 2024 - 2026

Für die Jahre 2024 bis 2026 ist, wie oben bei Ziff. 2 ausgeführt, ein weiterer erheblicher Einsatz der Ausgleichsrücklage mit vergleichbaren Beträgen wie in der Mittelfristplanung des Haushalts 2022 geplant.

Der Einsatz im Jahr 2024 von rd. 6,2 Mio. € und im Jahr 2025 von rd. 3,6 Mio. € ermöglicht es, zu der ursprünglichen Planung des Entwurfs des Haushalts 2022 zurück zu kehren mit einem damals bereits angestrebten Allgemeinen Umlagesatz von 38,5 % für 2023 sowie für die Folgejahre. Dies steht unter der Prämisse, dass die zugrunde gelegten Steigerungsraten für die Umlagegrundlagen 2024 bis 2026, die aus der Mai-Steuerschätzung entwickelt und abgeleitet wurden, auch tatsächlich eintreten.

Im Hinblick auf die absehbaren und durch die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine noch größer gewordenen finanziellen Herausforderungen in den kommunalen Haushalten, einen Ausgleich im Jahr 2023 zu erreichen und um gleichzeitig für größtmögliche Planungssicherheit zu sorgen, wurde als Zielgröße ein Umlagesatz angestrebt, der maximal bei dem Wert der Mittelfristplanung des Haushalts 2022 von 39,0 % liegt. Unter Einsatz der bereits im Haushalt 2022 für 2023 vorgesehenen rd. 10 Mio. € aus der Ausgleichsrücklage kann – trotz der Zusatzbelastung aufgrund der Umlagesteigerung des Landschaftsverbandes – sogar eine Senkung des Umlagesatzes auf 38,5 % erfolgen.

Für die Mittelfristplanung der Jahre 2024 bis 2026 kann der Umlagesatz auf konstant 38,5% begrenzt werden. Grundlage sind eigene Berechnungen auf Basis der vorhandenen Informationen zu den Steuereinnahmen und auf Basis der Steuerschätzung aus Mai 2022, die sich mit der Bekanntgabe der Arbeitskreisrechnung zum Finanzausgleich 2023 voraussichtlich Ende August 2022 und der neuen Orientierungsdaten voraussichtlich im Herbst 2022 noch deutlich verändern können.

Die rechnerisch noch vorhandene Ausgleichsrücklage von knapp 4,4 Mio. € stellt somit eine Mindestreserve dar, um etwaige negative Planabweichungen noch auffangen zu können.

Nur für den Fall, dass sich negative Abweichungen ergeben, die auch unter Einsatz dieser verbliebenen Ausgleichsrücklage eine Stabilisierung des Umlagesatzes von 38,5 % unmöglich machen, würde mit Bekanntgabe der Arbeitskreisrechnung voraussichtlich dann Anfang September 2022 eine Aktualisierung der Eckdaten zum Benehmensverfahren erfolgen. Daher bitte ich Sie, die Inhalte dieses jetzt vorliegenden Benehmenspapiers zum Gegenstand Ihrer Stellungnahme zu machen.

Sollte der Landschaftsverband, was derzeit noch nicht absehbar ist, ggfls. zu einer anderen Einschätzung hinsichtlich seines Umlagesatzes 2023 kommen, gilt die Zusage aus den Vorjahren, dass eine mögliche Verbesserung hieraus über eine gleichhohe Umlagesatzsenkung weitergegeben würde, allerdings im nicht zu erwartenden umgekehrten Falle ebenso.

Mit freundlichen Grüßen

get

Dr. Tim Grüttemeier
Städteregionsrat

Anlagen

Verteiler:

Frau Oberbürgermeisterin **Sibylle Keupen**, Rathaus, 52066 Aachen
Herrn Bürgermeister **Alfred Sonders**, Hubertusstraße 17, 52477 Alsdorf
Herrn Bürgermeister **Pierre Froesch**, Mariastraße 2, 52499 Baesweiler
Frau Bürgermeisterin **Nadine Leonhardt**, Rathausplatz 1, 52249 Eschweiler
Herrn Bürgermeister **Dr. Benjamin Fadavian**, Rathausplatz 1, 52134 Herzogenrath
Frau Bürgermeisterin **Dr. Carmen Krämer**, Laufenstraße 84, 52156 Monschau
Herrn Bürgermeister **Jorma Klauss**, Hauptstraße 55, 52159 Roetgen
Herrn Bürgermeister **Bernd Goffart**, Rathausplatz, 52152 Simmerath
Herrn Bürgermeister **Patrick Haas**, Rathausstraße 11-13, 52222 Stolberg
Herrn Bürgermeister **Roger Nießen**, Morlaixplatz 1, 52146 Würselen

Herrn Städteregionsrat **Dr. Tim Grüttemeier**
Frau **Birgit Nolte**, KDin/Dezernentin II
Herrn **Dr. Michael Ziemons**, Dezernent III
Frau **Susanne Lo Cicero-Mahrenberg**, Dezernentin IV
Herrn **Markus Terodde**, Dezernent V
Herrn **Gregor Jansen**, Dezernent VI
A 15 - Kommunalaufsicht
S 13 - Öffentlichkeitsarbeit

Durchschrift:

CDU-Fraktion im Städteregionstag
SPD-Fraktion im Städteregionstag
GRÜNE-Fraktion im Städteregionstag
FDP-Fraktion im Städteregionstag
AfD-Fraktion im Städteregionstag
UPP-Fraktion im Städteregionstag
DIE LINKE-Fraktion im Städteregionstag



StädteRegion Aachen

Eckdatenpapier zum Haushaltsentwurf

2023

Einleitung des Benehmens mit den regionsangehörigen Städten und
Gemeinden gemäß § 55 Kreisordnung NRW zur Festsetzung

- der allgemeinen Regionsumlage,
- der Regionsumlage Mehrbelastung Stadt Aachen,
- der Regionsumlage Mehrbelastung Jugendhilfe,
- der Regionsumlage Mehrbelastung ÖPNV.

Inhaltsverzeichnis:

- 1. Ausgangslage**
 - 1.1. Finanzsituation der StädteRegion Aachen**
 - 1.2. Jahresabschluss 2021**
 - 1.3. Haushaltsbewirtschaftung 2022**
- 2. Der Ergebnisplan 2023**
 - 2.1. Planungsgrundlagen**
 - 2.1.1. Steuerkraftmesszahlen**
 - 2.1.2. Schlüsselzuweisungen**
 - 2.1.3. Umlagegrundlagen**
 - 2.1.4. Mittelfristplanung 2024 – 2026**
 - 2.1.5. Landschaftsumlage**
 - 2.1.6. Finanzierungsregelung Stadt Aachen**
 - 2.1.7. Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen**
 - 2.1.8. Zuschussbedarf im Bereich der Sozialleistungen**
 - 2.2. Berechnung der allgemeinen Regionsumlage**
 - 2.3. Berechnung der Regionsumlage Mehrbelastung Stadt Aachen**
 - 2.4. Berechnung der Regionsumlage Mehrbelastung Jugendhilfe**
 - 2.5. Berechnung der Regionsumlage Mehrbelastung ÖPNV**
- 3. Ausblick auf die Folgejahre (mittelfristige Planung 2024 bis 2026)**
- 4. Weitere Zeitplanung**
- 5. Schlussbemerkung**

Anlagen

1. Ausgangslage

1.1 Finanzsituation der StädteRegion Aachen

Trotz Strukturkonzept und bereits vieler Jahre Haushaltskonsolidierung (z.B. Ökonomieprogramm, Personalbewirtschaftungskonzept) ist der Regionshaushalt insgesamt durch eine stete Aufwandssteigerung gekennzeichnet. Dies vor allen Dingen durch die erheblichen Steigerungen im Bereich der Sozialleistungen – denen allerdings inzwischen auch deutliche Erstattungsleistungen des Bundes gegenüberstehen – und den Zuwachs an neuen Aufgaben. Die direkte Abhängigkeit dieser Bereiche von externen Entscheidungen macht deutlich, dass eine selbstbestimmte Steuerung durch diese immer wieder auftretenden Faktoren extrem schwierig bis unmöglich ist.

Die jährlich in Millionenhöhe steigenden Umlageverpflichtungen gegenüber dem Landschaftsverband Rheinland zur Erfüllung seiner Aufgaben belasten die StädteRegion Aachen zusätzlich stark. Auch hier gilt die erhebliche Einschränkung einer selbstbestimmten Steuerung.

Hinzu treten besondere Ereignisse (insbesondere Corona-Pandemie, Hochwasser, Ukraine-Krieg), die zu Unwägbarkeiten hinsichtlich der Auswirkungen auf den Haushalt und bezogen auf die Frage der Refinanzierung führen.

1.2 Jahresabschluss 2021

Das Ergebnis des Haushaltsjahres 2021 konnte zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Eckdatenpapiers noch nicht festgestellt werden, da die Arbeiten zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2021 noch andauern. Es kann jedoch mit Gewissheit davon ausgegangen werden, dass der im Haushaltsplan 2021 veranschlagte Fehlbedarf und die damit einher gehende geplante Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage von rd. 5,4 Mio. € nicht eintreten wird, was auf einige unerwartete Entwicklungen zurückzuführen ist.

Prägend für den Jahresabschluss 2021 werden verschiedene nicht absehbare und damit nicht eingeplante Faktoren sein:

Es gab deutliche Verbesserungen bei den Pensions- und Beihilferückstellungen im Bereich der Allgemeinen Deckungsmittel. Während die Zuführungen zu den Rückstellungen (einschl. der Auflösung von Erstattungsansprüchen) um rd. 3 Mio. € unter dem geplanten Betrag lagen, waren insbesondere die Auflösungen von in der Vergangenheit gebildeten Rückstellungen um rd. 2,5 Mio. € höher als auf Basis der Erfahrungswerte der Vorjahre veranschlagt, es hat sich hier eine atypische Entwicklung gezeigt, die Gesamtverbesserung lag somit bei rd. 5,5 Mio. €.

Hinzu trat der einmalige Positiveffekt aufgrund der zum Abschluss gebrachten Aufarbeitung der steuerlichen Vergangenheit. Die als Abschlag an das Finanzamt gezahlten Beträge wurden zu einem großen Teil erstattet, zudem konnte die für diesen Zweck gebildete Rückstellung aufgelöst werden, was insgesamt rd. 3 Mio. € ausmachte.

Das weiterhin niedrige Zinsniveau, gepaart mit einer geringer bzw. später als kalkuliert notwendigen Aufnahme von Investitionskrediten wie auch von Kassenkrediten führte zu einem geringeren Zinsaufwand.

Auch der Zuschussbedarf in der Sozialhilfe hat sich gegenüber der Planung deutlich positiver entwickelt. Die Gesamtverbesserungen hier von rd. 8,6 Mio. € (einschl. Personalaufwendungen in diesem Bereich) resultieren zum größten Teil aus der positiven Entwicklung im SGB II mit einer vorläufigen Verbesserung von rd. 7,8 Mio. €. Hier steht allerdings die im Jahresabschluss noch zu ermittelnde Corona-Isolierung nach dem NKF-CIG aus, so dass die Zahlen als vorläufig zu betrachten sind.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen in den Budgets (also ohne die zuvor beschriebenen Versorgungsaufwendungen in den Allgemeinen Deckungsmitteln) lagen zwar um rd. 7,5 Mio. € höher als veranschlagt, hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass alleine im Produkt „Corona“ eine Überschreitung der Personalaufwendungen von rd. 8,45 Mio. € eingetreten ist; diese Kosten können – soweit nicht von dritter Seite erstattet – vollständig nach dem NKF-CIG isoliert werden. Rechnet man diese heraus, ergibt sich eine Verbesserung bei den Personalaufwendungen von knapp 1 Mio. €.

Die Hochwasserkatastrophe hat in Form der Soforthilfe von 1,5 Mio. € zu einer Haushaltsbelastung geführt, die allerdings durch die vorstehend beschriebenen Verbesserungen im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung 2021 aufgefangen werden konnte.

Der vorläufige Abrechnungsbetrag für die differenzierte Umlage des Jugendamtes liegt bei rd. 528 T€ zu Lasten der 4 Jugendamtskommunen.

Der vorläufige Abrechnungsbetrag für die ÖPNV-Umlage beläuft sich auf rd. 1,755 Mio. € zugunsten der Altkreiskommunen.

Die Abrechnung der differenzierten Umlagen des Jahres 2021 sind jeweils im Jahr 2023 vorzunehmen.

1.3 Haushaltsbewirtschaftung 2022

Prägend für die Entwicklung des Haushalts 2022 sind insbesondere drei Faktoren:

- die weiterhin entstehenden Auswirkungen der Corona-Pandemie,
- die Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe und
- die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs.

Bei der Bewirtschaftung des Haushaltes 2022 zeichnet sich nach dem Stand des 1. Budgetberichtes zum 31.03.2022 (der 2. Budgetbericht mit Stand 30.06.2022 konnte aufgrund technischer Probleme noch nicht erstellt werden) – unter allem Vorbehalt – ein Ergebnis in der Größenordnung von rd. – 7,1 Mio. € ab, das ist eine um rd. – 2,8 Mio. € höhere Belastung als der veranschlagte Fehlbedarf von rd. – 4,3 Mio. €. Es wird jedoch

unterstellt, dass dies im Rahmen der weiteren Haushaltsbewirtschaftung 2022 aufgefangen werden kann. Selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, hat das voraussichtlich keine Auswirkungen auf die mittelfristige Planung, weil der wesentliche Teil dieser prognostizierten Verschlechterung auf Unterdeckungen im Rettungsdienst zurückzuführen ist, welche in kommenden Kalkulationsperioden wieder in die Gebühren eingerechnet und damit aufgeholt werden können.

Diese grundsätzlich positive Aussicht für das Jahr 2022 steht allerdings unter dem Vorbehalt, dass wie veranschlagt die Corona- Auswirkungen nach dem NKF-CIG isoliert werden können, dass die veranschlagten bzw. eintretenden Belastungen aus der Hochwasserkatastrophe über die entsprechenden Aufbauhilfen refinanziert werden und dass die direkten Auswirkungen des Ukraine-Kriegs (z.B. in Form erhöhter SGB II-Aufwendungen) durch die entsprechenden Ukraine-Hilfsmittel von Bund/Land refinanziert werden bzw. im Übrigen (z.B. erhöhte Energiepreise) im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung kompensiert werden können.

2. Der Ergebnisplan 2023

2.1 Planungsgrundlagen

Auch für das Jahr 2023 ist nach dem „Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften (NKF-CIG)“ die Möglichkeit eröffnet, die planerischen, pandemiebedingten Schäden zu isolieren, in einer sogenannten Bilanzierungshilfe zu aktivieren und somit das Ergebnis des Jahres 2023 nicht damit zu belasten. Die zu isolierenden Bereiche und – mit Ausnahme des Jugendamtes – damit auch die Beträge sind allerdings gegenüber den Jahren 2020 bis 2022 deutlich rückläufig. Zur Isolierung vorgesehen ist in 2023 nur noch der erhöhte Zuschussbedarf des Grenzlandtheaters mit einem Betrag von rd. 937 T€, die verminderte Gewinnausschüttung der Sparkasse (Altkreisanteil) von 875 T€, die Kosten der Jugendhilfe mit rd. 1.816 T€ sowie die Kosten der Digitalisierung und Informationstechnik mit 100 T€.

Die Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe wurden im Haushaltsentwurf 2023 mit einer erwarteten vollen Refinanzierung aus Versicherungsleistungen bzw. aus der Wiederaufbauhilfe berücksichtigt.

Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine wurden in den verschiedenen Bereichen berücksichtigt:

Insbesondere wurden steigende Fallzahlen und daraus resultierende Kosten im SGB II (Kosten der Unterkunft, KdU) eingeplant, wobei in der Planung unterstellt wurde, dass die durch Ukraine-Flüchtlinge ausgelösten Zusatzkosten – wie schon in 2022 mit den Ukraine-Hilfsmitteln des Bundes – auch in 2023 entsprechend finanziert werden. Auf das mit dieser Veranschlagung entsprechender Einnahmen verbundene Risiko ist an dieser Stelle hinzuweisen.

Weiterhin wurden erhebliche Kostensteigerungen bei der Bewirtschaftung und Unterhaltung der Bürogebäude, Schulen, KiTa's pp. (Gas, Strom, pp.) eingeplant, die in Summe mehr als 6 Mio. € ausmachen.

Auch im Ausländeramt sowie in weiteren Bereichen sind Zusatzkosten durch die Ukraine-Situation eingeplant.

Für den Entwurf des Ergebnisplans 2023 werden nachstehend zunächst die wichtigsten Grundlagen für die Berechnung der Allgemeinen Deckungsmittel dargestellt. Mangels rechtzeitiger Vorlage der sog. „Arbeitskreisrechnung“ für den Finanzausgleich 2023 wurden eigene Berechnungen zu den verschiedenen Parametern (Umlagegrundlagen, Schlüsselzuweisungen, Bedarfszuweisungen) angestellt.

Für die Landschaftsumlage wurde der im Doppelhaushalt des LVR für das Jahr 2023 festgesetzte Umlagesatz von 16,65 % berücksichtigt.

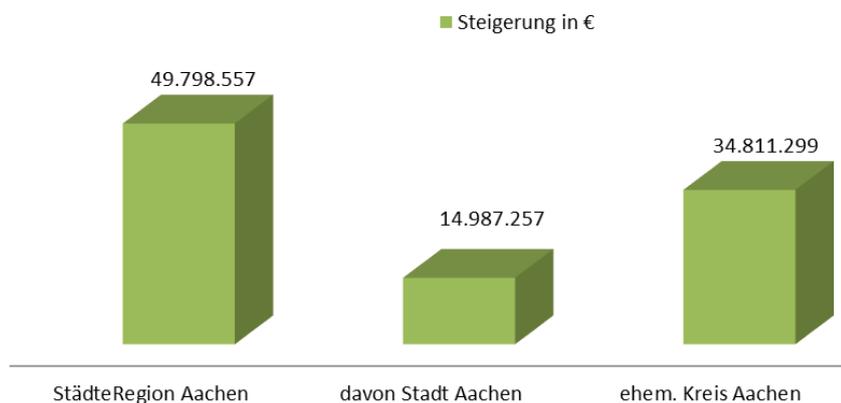
Neben den Grundlagen des Finanzausgleichs (Steuerkraft, Schlüsselzuweisungen, Bedarfszuweisungen) wird zur Erläuterung des Ergebnisplans auch näher auf die Schwerpunkte der Sozialleistungen sowie der Personal- und Versorgungsaufwendungen eingegangen. Schließlich werden die Daten für die Berechnung der allgemeinen Regionsumlage, der differenzierten Regionsumlage für die Stadt Aachen, für die Aufgaben der Jugendhilfe sowie die ÖPNV-Umlage dargestellt.

2.1.1 Steuerkraftmesszahlen

Die Steuerkraft in der StädteRegion Aachen wurde aus den Ist-Steuereinnahmen der Kommunen im Referenzzeitraum 01.07.2021 bis 30.06.2022 abgeleitet, wobei die fiktiven Hebesätze aus dem GFG 2022 angesetzt wurden. Dies ist deswegen realistisch, weil im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung die Absicht verankert ist, auf die zweite Stufe der Anpassung der differenzierten Hebesätze zu verzichten, so dass es bei den Sätzen des Jahres 2022 bleiben könnte.

Die mit den Orientierungsdaten des Jahres 2022 für 2023 in Aussicht gestellten Rückgänge der Steuerkraft und der Schlüsselzuweisungen sind nach der tatsächlichen Steuerentwicklung nicht eingetreten bzw. nicht zu erwarten. Im Gegenteil gab es in der Referenzperiode teilweise deutliche Steigerungen sowohl der kommunalen Steuereinnahmen als auch der Gemeinschaftssteuern des Landes, die dem Finanzausgleich 2023 zugrunde liegen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Referenzperiode für die Gemeindesteuern bereits abgelaufen ist und somit hier – mit Ausnahme der noch nicht vorliegenden Zahlen zum Familienleistungsausgleich, die geschätzt wurden und keinen so großen Einfluss haben – Echtzahlen zugrunde gelegt werden konnten (nur die „Veredelung“ über die fiktiven Hebesätze ist noch unsicher), während die Referenzperiode für die Gemeinschaftssteuern des Landes und somit für die verteilbare Finanzausgleichsmasse 2023 noch bis zum 30.09.2022 läuft. Es wurde an dieser Stelle vorläufig mit den um ein Quartal verschobenen Zahlen gerechnet.

Steigerung Steuerkraft (Eigene Berechnung 2023 zu 2022)

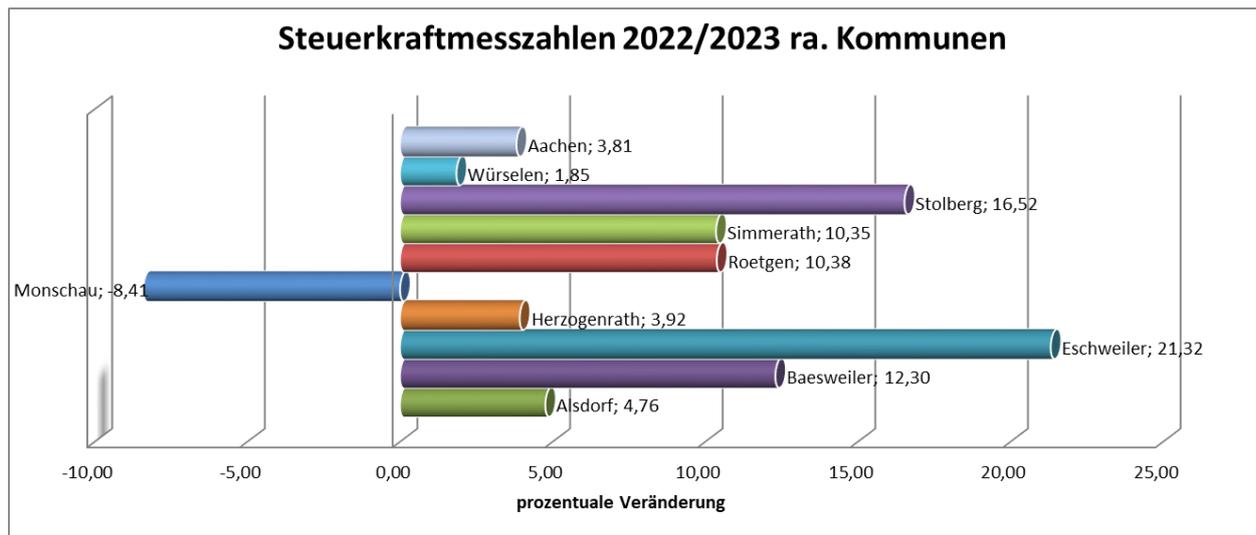


Tabellarisch stellen sich die Steuerkraftmesszahlen wie folgt dar:

Steuerkraftmesszahlen ra. Kommunen (eigene Berechnung 2023)				
	FA 2022 in €	FA 2023 in €	Steigerung in €	Steigerung in %
StädteRegion Aachen	753.625.038	803.423.595	49.798.557	6,61
davon Stadt Aachen	393.000.664	407.987.922	14.987.257	3,81
ehem. Kreis Aachen	360.624.374	395.435.673	34.811.299	9,65

Ein Vergleich der Entwicklung bezogen auf die einzelnen Kommunen in der StädteRegion Aachen zeigt, dass in den Kommunen eine sehr unterschiedliche Entwicklung der Steuerkraft festzustellen ist. Während die Steuerkraft genau entgegen der Vorjahresentwicklung in den großen **Altkreiskommunen erheblich ansteigt (Eschweiler +21,3%, Stolberg +16,5%)**, gibt es in den übrigen Kommunen teils geringere, aber immer noch erhebliche Zuwächse in Roetgen und Simmerath mit jeweils rd. +10,4%, in Monschau als einziger Kommune dagegen einen Rückgang um rd. -8,4%. In der Stadt Aachen ist ein vergleichsweise moderater Zuwachs von +3,8% zu verzeichnen:

Steuerkraftmesszahlen 2023 der ra. Kommunen (eigene Berechnung)				
Stadt/Gemeinde	Steuerkraftmesszahl		Unterschied in	
	FA 2022 in €	FA 2023 in €	€	%
Alsdorf	47.855.779,68	50.133.556,88	2.277.777,20	4,76
Baesweiler	27.763.202,24	31.176.748,03	3.413.545,78	12,30
Eschweiler	64.646.803,38	78.427.315,56	13.780.512,17	21,32
Herzogenrath	56.185.544,99	58.387.052,97	2.201.507,98	3,92
Monschau	15.456.472,81	14.157.147,84	- 1.299.324,97	-8,41
Roetgen	12.172.933,81	13.435.881,67	1.262.947,86	10,38
Simmerath	19.064.995,68	21.038.822,75	1.973.827,08	10,35
Stolberg	61.526.629,05	71.693.841,80	10.167.212,76	16,52
Würselen	55.952.012,60	56.985.305,98	1.033.293,37	1,85
Zw.summe	360.624.374,24	395.435.673,48	34.811.299,25	9,65
Aachen	393.000.664,12	407.987.921,52	14.987.257,41	3,81
insgesamt	753.625.038,35	803.423.595,01	49.798.556,65	6,61



2.1.2 Schlüsselzuweisungen

Mangels vorliegender Eckdaten zum GFG 2023, die von der neuen Landesregierung erst nach der Sommerpause in der zweiten Augushälfte beschlossen werden, wurden eigene Berechnungen aufgrund der vorhandenen Informationen angestellt.

Es wurden die Verbundsteuern des Landes NRW für den Zeitraum 07/2021 bis 06/2022 aus den statistischen Veröffentlichungen entnommen. Die tatsächliche Referenzperiode geht von 10/2021 bis 09/2022, allerdings liegen diese Daten naturgemäß noch nicht vor und es wurde unterstellt, dass sich hier keine oder zumindest keine wesentliche Negativabweichung gegenüber dem um ein Quartal verschobenen und zugrunde gelegten Zeitraum ergibt. Der Verbundsatz wurde mit unverändert 23% angenommen. Noch keine konkrete Zahl liegt zur Bereinigung der Verbundsteuern vor, hier wurde der Trend der Vorjahre fortgeschrieben und ein Wert von -3 Mrd. € angenommen. Zum Vorwegabzug bzw. zur Voraberhöhung liegen ebenfalls noch keine Informationen vor, hier wurde aus Vorsichtsgründen kein Betrag angesetzt (2021 und 2022 je + rd. 200 Mio. €).

Die verteilbare Finanzausgleichsmasse würde demnach für 2023 bei rd. 14,9 Mrd. € liegen, was gegenüber dem Jahr 2022 eine Steigerung von 6,31% bedeuten würde. Das ist umso bemerkenswerter, weil es in 2022 noch eine Aufstockung um rd. 549 Mio. € gab, die in 2023 nicht mehr zum Zuge kommen wird. Im Gegenteil werden möglicherweise ab 2023 durch das Land NRW die kreditierten Aufstockungsbeträge der Jahre 2021 und 2022 von insgesamt rd. 1,5 Mrd. € wieder in Abzug gebracht, allerdings soll das laut Aussage von Ministerin Scharrenbach über einen Zeitraum von 50 Jahren gestreckt werden, was einem jährlichen Abzug von rd. 30 Mio. € entspräche, der kaum ins Gewicht fällt.

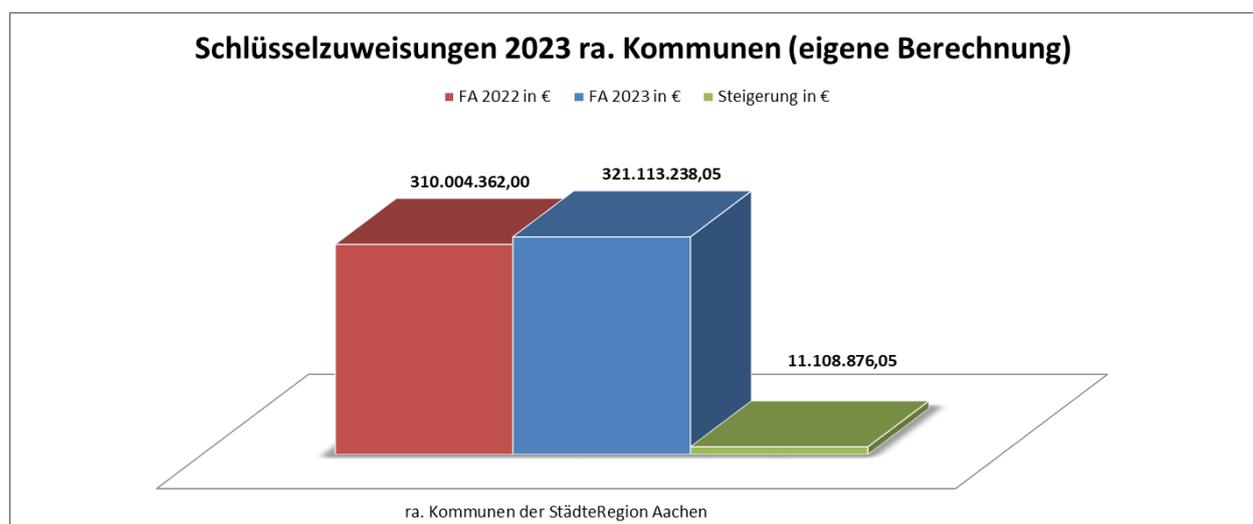
Als Steigerungsrate für die Schlüsselzuweisungen des kreisangehörigen Raums wurde aus Vorsichtsgründen zunächst der halbe Satz unterstellt, also 3,2%. Dies liegt insbesondere

darin begründet, dass laut Koalitionsvertrag auf die 2. Stufe der Anpassung der differenzierten Hebesätze verzichtet werden soll; dieser Verzicht wirkt negativ für den kreisangehörigen Raum und positiv für die kreisfreien Städte. Gleichzeitig ist aber nicht die Rede davon, dass auch auf die 2. Stufe der Anpassung von Soziallasten- und Zentralitätsansatz verzichtet wird, so dass hier eine Verschiebung zulasten des kreisangehörigen und zugunsten des kreisfreien Raums zu befürchten ist.

In einer zweiten Stufe wurde ermittelt, wie sich eine durchgängige Steigerung der Schlüsselzuweisungen um 3,2% auf die einzelnen Kommunen darstellen würde und auf dieser Basis ein fiktiver einheitlicher Grundbetrag errechnet. Dabei wurde deutlich, dass eine durchgängige Steigerung um 3,2% zu unrealistischen Steigerungen zumindest bei einigen Kommunen führen würde. Dies liegt darin begründet, dass im Finanzausgleich nach dem Prinzip der kommunizierenden Röhren deutlich überproportionale Steigerungen der Steuerkraft zu deutlich unterproportionalen Zuwächsen bei den Schlüsselzuweisungen führen und umgekehrt. In diesem Sinne wurden die deutlichen Ausreißer bei den Zuwächsen der Steuerkraft nach oben, nämlich Eschweiler und Stolberg, mit einem entsprechenden Rückgang der Schlüsselzuweisungen und umgekehrt die Stadt Monschau, die deutliche Rückgänge bei der Steuerkraft zu verzeichnen hatte, mit einer entsprechenden Steigerung der Schlüsselzuweisungen eingeschätzt.

In einer dritten Stufe wurde somit auf Basis dieser bei den vorstehend genannten Kommunen angepassten Schlüsselzuweisungen ein neuer fiktiver einheitlicher Grundbetrag ermittelt und auf alle Kommunen angewendet, der zu Schlüsselzuweisungen führt, die als realistisch anzusehen sind und die in den weiteren Planungen eingeflossen sind.

Insgesamt sinken somit die erwarteten Schlüsselzuweisungen bei den Altkreiskommunen gegenüber 2022 um rd. 3,1 Mio. €, obwohl die Finanzausgleichsmasse um rd. 6,31 % steigt, was insbesondere, wie dargestellt, in der überproportionalen Steigerung der Steuerkraft in den beiden größten Altkreiskommunen Eschweiler und Stolberg begründet ist.



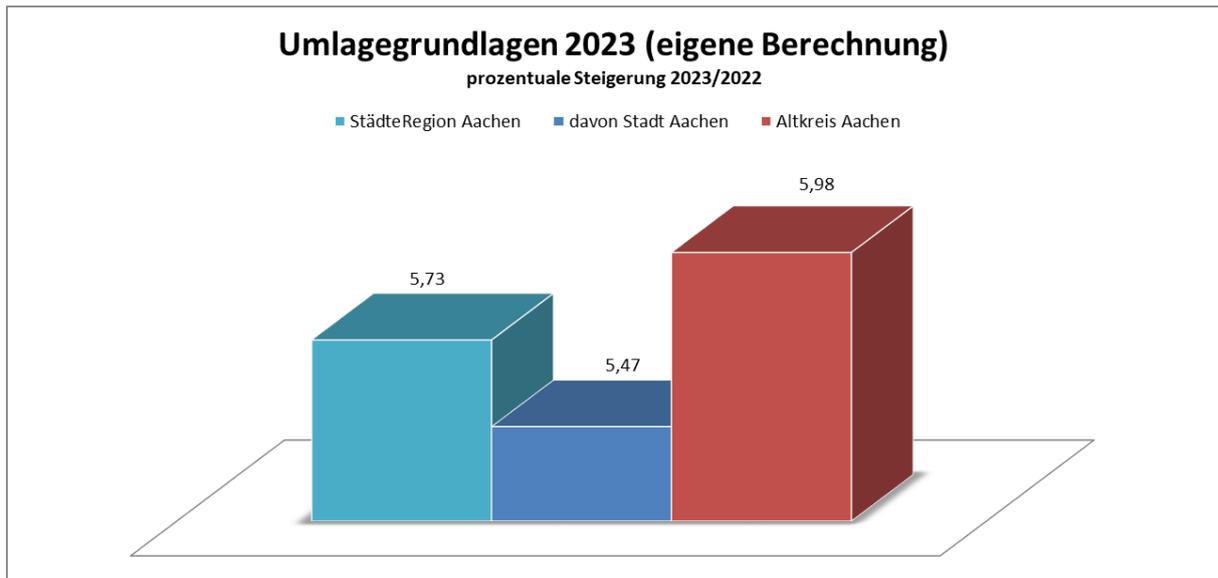
Schlüsselzuweisungen 2023 der ra. Kommunen (eigene Berechnung)				
Stadt/Gemeinde	Schlüsselzuweisungen		Unterschied in	
	FA 2022 in €	FA 2023 in €	€	%
Alsdorf	39.767.799,00	42.361.939,90	2.594.140,90	6,52
Baesweiler	13.676.151,00	12.771.522,61	- 904.628,39	-6,61
Eschweiler	39.459.462,00	32.531.073,77	- 6.928.388,23	-17,56
Herzogenrath	19.658.776,00	21.614.480,63	1.955.704,63	9,95
Monschau	862.632,00	2.860.268,08	1.997.636,08	231,57
Roetgen	-	-	-	-
Simmerath	2.674.040,00	2.009.465,67	- 664.574,33	-24,85
Stolberg	44.910.965,00	41.382.739,60	- 3.528.225,40	-7,86
Würselen	8.207.781,00	10.561.118,91	2.353.337,91	28,67
Zw.summe Altkreis	169.217.606,00	166.092.609,18	- 3.124.996,82	-1,85
Aachen	140.786.756,00	155.020.628,87	14.233.872,87	10,11
insgesamt	310.004.362,00	321.113.238,05	11.108.876,05	3,58

Für die Stadt Aachen wird dagegen aufgrund der nicht so stark angestiegenen Steuerkraft von einer deutlicheren Steigerung der Schlüsselzuweisungen auf rd. 155 Mio. € (2022 = rd. 140,8 Mio. €) ausgegangen.

Für die **Schlüsselzuweisungen an die StädteRegion** wurde unterstellt, dass die überproportionale Steigerung der Steuerkraft insbesondere der beiden größten Altkreiskommunen Eschweiler und Stolberg zu einer ebenfalls überproportionalen Steigerung der fiktiven Umlagekraft der Städtereion führt. Da die Steuerkraft rd. 2/3 der Umlagekraft, die Schlüsselzuweisungen an die ra. Kommunen dagegen rd. 1/3 der Umlagekraft der StädteRegion ausmachen, wurde unterstellt, dass die eingangs berechnete bzw. angenommene Steigerung der Schlüsselzuweisungen für den kreisangehörigen Raum von rd. 3,2 % um 2/3 zu kürzen ist und somit für die StädteRegion eine Steigerung der Schlüsselzuweisungen gegenüber 2022 um 1,1 % eintritt. Mit diesem Wert wurde der Ansatz für 2023 ermittelt und mit rd. 49,6 Mio. € (gegenüber rd. 49,05 Mio. € in 2022) eingeplant.

2.1.3 Umlagegrundlagen

Aufgrund der deutlich gestiegenen Steuerkraft und der wie vorstehend abgeleiteten Schlüsselzuweisungen der ra. Kommunen steigen nach dem System des GFG insgesamt die Umlagegrundlagen für die StädteRegion Aachen kräftig um rund 60,9 Mio. € auf rund 1.124,5 Mio. € (+ 5,73 %) an.



2.1.4 Mittelfristplanung 2024 – 2026 anhand von Orientierungsdaten

Der Orientierungsdatenerlass für die mittelfristige Ergebnisplanung 2024 bis 2026 wird voraussichtlich erst nach der Sommerpause 2022 veröffentlicht. Da die vorjährigen Orientierungsdaten vom 17./20.08.2021 hinsichtlich der Steuereinnahmen sehr deutlich von der tatsächlichen Entwicklung abweichen, scheinen diese als Grundlage für die weitere Planung ungeeignet zu sein. Zudem enthielt der Erlass keine konkreten Vorgaben zur Aufwandssteigerung. Mangels anderer belastbarer Erkenntnisse wurden daher für die Erträge die am ehesten als realistisch einzustufenden Steigerungsraten aus der (regionalisierten) Steuerschätzung von Mai 2022 der Mittelfristplanung 2024 bis 2026 zugrunde gelegt. Für das Jahr 2023 wurden die Ansätze individuell geplant bzw. für den Finanzausgleich wurden die Werte aus den vorstehend beschriebenen individuellen Berechnungen berücksichtigt. Hinsichtlich der Aufwandssteigerungen wurde auf die fortgeschriebenen vorvorjährigen Orientierungsdaten zurückgegriffen.

Demnach ergeben sich folgende Werte:

Mittelfristplanung 2023–2026				
	2023	2024	2025	2026
Personalaufwendungen		1,00	1,00	1,00
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1,00	1,00	1,00
Sozialtransferaufwendungen		2,00	2,00	2,00
Schlüsselzuweisungen		5,00	4,00	3,60
Umlagegrundlagen Kreisumlagen		3,67	4,05	4,05
Umlagegrundlagen LVR-Umlage		3,76	4,05	4,02

Für die Steigerung der Aufwendungen besagte der Orientierungsdatenerlass vom 30.10.2020:

„Aufgrund der Corona-Pandemie und der hiermit verbundenen außergewöhnlichen Umstände für die Aufgabenwahrnehmung der Gemeinden und Gemeindeverbände wird in diesem Jahr darauf verzichtet, den Kommunen Orientierungs- bzw. Zielwerte für die Aufwendungen vorzugeben. Gleichwohl wird weiterhin auf die Notwendigkeit einer ressourcenschonenden kommunalen Finanzwirtschaft hingewiesen. Dies gilt insbesondere für haushaltssicherungspflichtige Kommunen. In Anbetracht der negativen Auswirkungen der Corona-Krise auf die kommunalen Haushalte und trotz der zwischenzeitlich von Bund und Land beschlossenen umfassenden Entlastungsmaßnahmen, stehen zahlreiche Kommunen unter einem erheblichen Konsolidierungsdruck. Um den Haushalt dauerhaft aus eigener Kraft ausgleichen zu können, ist es erforderlich, bei den Aufwendungen nur geringe Zuwachsraten zuzulassen. Dies gilt insbesondere auch für die Personal- und Sachaufwendungen der Kommunen.“

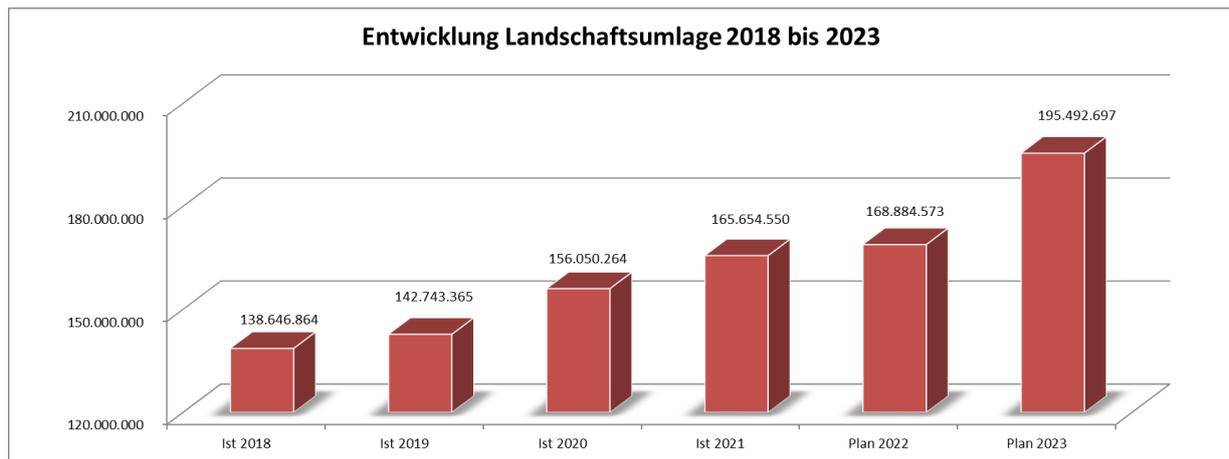
Die StädteRegion hat sich daher entschlossen, die (moderaten) Steigerungsraten des vorvorjährigen Orientierungsdatenerlasses für Aufwendungen unverändert fortzuschreiben.

2.1.5 Landschaftsumlage

Die verbesserten Umlagegrundlagen, wie auch der im Rahmen des Doppelhaushalts 2022/2023 des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) für 2023 beschlossene Umlagesatz von 16,65 % (2022: 15,2 %) schlagen in vollem Umfang auf die Umlage des LVR durch und führen zu einer deutlich höheren Zahllast für die StädteRegion Aachen. Die Steigerung gegenüber dem Ansatz 2022 beträgt rd. 26,6 Mio. € oder rd. 15,8 %. Für 2024ff. werden die angenommenen weiteren Steigerungen bei jeweils zwischen ca. 7 Mio. € und 8,5 Mio. €, entsprechend der angenommenen Steigerung der Umlagegrundlagen, aber keiner weiteren Steigerung des Umlagesatzes, liegen.

Bemessungsgrundlage für die Festsetzung der Landschaftsumlage sind die Umlagegrundlagen für die Regionsumlage zuzüglich der Schlüsselzuweisungen an die StädteRegion Aachen.

Die nachfolgende Grafik stellt die Entwicklung der Landschaftsumlage ab dem Jahr 2018 dar:



Über den relativ kurzen Zeitraum von 2018 bis 2023 ist eine exorbitante Steigerung von deutlich mehr als 40 % zu erkennen. In der Höhe der Umlageverpflichtungen ist die StädteRegion Aachen fremdbestimmt und Konsolidierungspotenzial lässt sich hier nicht heben. Dennoch hatte die StädteRegion die angekündigte, noch erheblichere Steigerung für 2023 auf einen Umlagesatz von 17,25 % nicht unwidersprochen hingenommen und letztlich im Schulterschluss aller umlageverpflichteten Kommunen erfolgreich den Anstieg für 2023 auf 16,65 % begrenzen können.

Sofern die über den Erwartungen liegenden Steigerungen der Umlagegrundlagen für 2023 sich bewahrheiten und der Landschaftsverband mit einer Umlagesenkung darauf reagieren sollte, würde die daraus resultierende Veränderung im Umlagesatz 1:1 weitergegeben. Entsprechende Anzeichen sind derzeit nicht erkennbar.

2.1.6 Finanzierungsregelung Stadt Aachen

Wesentlicher Grundpfeiler bei der Bildung der StädteRegion und der Übertragung der Aufgaben von der Stadt Aachen war die Sicherstellung der Finanzneutralität. Im Doppelhaushalt 2015/2016 war dazu ein Ausgleichsbetrag von der Stadt Aachen an die StädteRegion in Höhe von 4 Mio. € eingeplant. Dieser beruhte auf den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Erfahrungswerten der Vorjahre. In 2015 und 2016 hat sich aber herausgestellt, dass auf Basis der Finanzierungsregelungen im Gegenteil ein erheblicher Betrag in einer Größenordnung von 11 bis 12 Mio. € von der StädteRegion an die Stadt Aachen zu leisten war.

Für 2017 konnte dieser Ausgleichsbetrag erstmals detailliert ermittelt und mit 23 Mio. € veranschlagt werden. Für 2018 war ein Ausgleichsbetrag von rd. 17,5 Mio. € ermittelt worden. Auf Grundlage der Erkenntnis, dass dies dauerhaft nicht zielführend ist, wurde ab dem Jahr 2019 eine differenzierte Umlage für die Stadt Aachen entsprechend § 56 Abs. 4 der Kreisordnung NRW eingeführt.

Basis für die Zuordnung der Aufwendungen und Erträge und der Ermittlung des durch die Bildung der StädteRegion ausgelösten Finanzbedarfs der Stadt Aachen ist die im Jahre 2015 von allen Beteiligten (Bürgermeisterkonferenz, Stadtrat der Stadt Aachen, Städteregionstag) beschlossene ergänzende Vereinbarung, die detaillierte Finanzierungsregelungen für alle

übertragenen Aufgabenbereiche festlegt, vgl. nachfolgend Ziff. 2.3. Die Überarbeitung und Fortschreibung der Finanzierungsregelungen im Jahr 2021 hatte zum Ergebnis, dass die Stadt Aachen sich einerseits an zusätzlichen Aufgabenbereichen (Büro Städteregionstag, Auszubildende und Personalrat) gegenüber der bisherigen Regelung beteiligt (Ziff. 4 der hierzu abgeschlossenen Vereinbarung). Dies macht seit dem Haushalt 2021 einen Betrag von rd. 1,2 Mio. € aus. Die Fortschreibung der bestehenden Finanzierungsregelungen (Ziff. 3 der hierzu abgeschlossenen Vereinbarung, z.B. neue Schlüssel für die Kostenteilung) machte weitere rd. 1,19 Mio. € aus und wurde zwischenzeitlich vom Stadtrat der Stadt Aachen, vom Städteregionstag sowie von allen Räten der Altkreiskommunen beschlossen. Als Anlage 2 ist auf dieser Basis die Berechnung der diff. Regionsumlage 2022 für die Stadt Aachen beigefügt. Die für das Jahr 2022 anstehende turnusmäßige Überprüfung der Abrechnungsparameter ist noch nicht abgeschlossen bzw. abgestimmt und führt daher im Haushaltsentwurf 2023 zunächst nicht zu Verschiebungen.

2.1.7 Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die Personalaufwendungen stellen sich nach dem neuen Personalbewirtschaftungskonzept für die Jahre 2022 bis 2027 für die Haushaltsplanung 2023 wie folgt dar:

Personal- und Versorgungsaufwendungen 2022 / 2023						
Bezeichnung	Ansatz 2022	Budgetbericht zum 30.06.2022	PBK*-Ansatz 2023 incl. Mehrbedarfe SV 2022/0222	Ansatz 2023	Veränderung zum Ansatz 2022	in %
Personal-/Versorgungsaufwand gesamt brutto	125.356.908	125.085.436	132.087.584	131.822.613	6.465.705	5,16
davon Job-Center	22.800.000	22.400.000	22.900.000	22.900.000	100.000	+0,44
davon Kindertageseinrichtungen	17.450.710	17.450.710	18.615.283	18.615.283	1.164.573	+6,67
davon Versorgungsamt	1.564.288	1.559.659	1.719.409	1.719.409	155.121	+9,92
Personal-/Versorgungsaufwand gesamt netto	83.541.910	83.675.067	88.852.892	88.587.921	5.046.011	+6,04
vom Mehrbedarf drittfinanziert			-1.472.662	-1.472.662	-1.472.662	
verbleibende Veränderung innerhalb des PBK	83.541.910	83.675.067	87.380.230	87.115.259	3.573.349	+4,28
Sonstige Personalaufwendungen (Beschäftigungsentgelte pp.)	1.854.069	1.854.069	1.007.150	1.007.150	-846.919	
Personalaufwendungen Rückstellungen	12.775.523	12.775.523	12.369.589	12.369.589	-405.934	
Versorgungsaufwendungen Rückstellungen	1.828.167	1.828.167	1.318.946	1.318.946	-509.221	
Gesamtsumme Personal- und Versorgungsaufwendungen	141.814.667	141.543.195	146.783.269	146.518.298	4.703.631	+3,32
nachrichtlich: Erträge aus der Auflösung von Personalrückstellungen	3.918.698			4.114.633	195.935	
nachrichtlich: Abtretung von Forderungen im Zusammenhang mit Pensionsrückstellungen (Sachkosten)	1.036.357			640.329	-396.028	

* einschl. der vom SRA/SRT beschlossenen Mehrbedarfe laut Personalbewirtschaftungskonzept (PBK)

Lässt man die Personal- und Versorgungsaufwendungen der gemeinsamen Einrichtung (Job-Center) und der Kindertageseinrichtungen (wie vom SRT als Grundsatz beschlossen) sowie das Versorgungsamt außer Betracht, ergibt sich damit eine Erhöhung der Aufwendungen um 4,28 %. Unter Berücksichtigung der Drittfinanzierung von zusätzlichen Stellen (z.B. die über Rettungsdienstgebühren weitgehend finanzierten Stellen der neuen Rettungswache Rurberg pp.) in einem Umfang von rd. 1,5 Mio. € ergibt sich eine bereinigte Steigerung der

Personalaufwendungen innerhalb des vom neuen Personalbewirtschaftungskonzept umfassten Bereichs von +4,28 %. Dies beinhaltet im Wesentlichen die mit rd. 3 % angesetzten Tarif- und Besoldungssteigerungen sowie die im Rahmen des PBK vorgegebene Begrenzung der Stellenausweitung auf 1 %. Für 2023 kamen eine Reihe von Sonderbedarfen hinzu, die über die Bestimmungen des PBK hinausgehen, hierzu zählen u.a. notwendige zusätzliche Stellen im Zusammenhang mit der Pandemiebekämpfung (z.B. Masernimpfpflicht, Gesundheitsamt), der Katastrophenvorsorge und -bewältigung (z.B. Hochwasserkoordinator) sowie der Bewältigung der enorm steigenden Anzahl von Personen, die beim Ausländeramt vorstellig werden (Ukraine-Flüchtlinge, Einbürgerungen pp.).

Der im Haushalt veranschlagte Personal- und Versorgungsaufwand für das Jahr 2022 ohne Berücksichtigung der gemeinsamen Einrichtung (JC) und ohne KiTa's und Versorgungsamt belief sich auf 83.541.910 €. Im Rahmen des Personalbewirtschaftungskonzeptes 2022 – 2027 hat der Städteregionstag/-ausschuss im Einzelnen über die erforderlichen Mehrbedarfe beschlossen (für 2023 durch den SRA am 15.06.2022 mit SV 2022/0222). In Summe sind im Stellenplan 2023 für die vom SRA am 15.06.2022 beschlossenen Mehrbedarfe insgesamt Stellen im Umfang von 38,5 VZÄ einzurichten. Die Mehrbedarfe waren in manchen Fällen nur anteilig zu berücksichtigen oder auch befristet und wurden daher zunächst entsprechend fortgeschrieben bzw. in Abzug gebracht mit einem resultierenden Betrag von 88.852.892 €. Dieser Rahmen wurde mit dem veranschlagten Betrag von 88.587.921 € nicht vollständig ausgeschöpft. In den Ansätzen sind die vorhersehbaren Tarif- und Besoldungssteigerungen enthalten.

2.1.8 Zuschussbedarf im Bereich der Sozialleistungen

Im Budget „Sozialleistungen“ ist für das Haushaltsjahr 2023 im Saldo mit einem Zuschussbedarf von rund 133 Mio. € (ohne Verwaltung und sonstige Bereiche) und damit einer Belastung der Regionsumlage (anteilig Stadt Aachen über differenzierte Umlage bzw. Altkreis Aachen über Allgemeine Regionsumlage) um diesen Betrag zu rechnen. Im Verhältnis zum Haushaltsansatz 2022 ergibt sich eine Verschlechterung in Höhe von insgesamt rund 4,2 Mio. €. Ursächlich dafür ist insbesondere der bereits im Vorjahr angekündigte Wegfall des Einmaleffekts bei der Hilfe zur Pflege aufgrund des Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes.

Bei den Ausgleichsleistungen aus der Wohngeldersparnis des Landes ist mit einer erheblich geringeren Zuweisung in 2023 zu rechnen, der Betrag sinkt voraussichtlich von 9,2 Mio. € auf nur noch 6,7 Mio. €.

Im SGB II wurde im Hinblick auf die zusätzlich zu erwartenden Bedarfsgemeinschaften aufgrund der Ukraine-Flüchtlinge unterstellt und eingeplant, dass zu der daraus resultierenden Netto-Belastung (also nach Abzug der Bundeserstattungen KdU, diese belaufen sich auf 26,4 % „Basiserstattung“ zzgl. 25 % Aufstockung seit 2021 zzgl. 10,2 % aus dem sog. „5-Mrd.-Paket“, also insgesamt auf 61,6 %) die Unterstützung durch den Bund aus dem Jahr 2022 (bundesweit 2 Mrd. €) auch in 2023 fortgeführt wird. Es wurde also unterstellt, dass hinsichtlich des Anteils KdU, der auf den Ukraine-Flüchtlingen basiert, die Bundeserstattung auf 100 % mittels der fortgeführten Ukraine-Hilfsmittel aufgestockt wird.

In dieser Veranschlagung liegt also ein Risiko, falls es nicht zu einer Fortführung der Unterstützungsleistungen durch den Bund in diesem Bereich kommen sollte.

Sozialleistungen HH 2023 zu 2022				
	HH-Ansatz 2022	Prognose I. Budget- bericht 2022	HH-Ansatz 2023	Veränderung 2023 zu 2022
Leistungen nach dem SGB XII und APG NRW sowie SGB IX	-85.236.929	-83.749.036	-91.447.703	-6.210.774
Leistungen nach dem SGB II	-43.437.000	-43.367.000	-41.529.600	1.907.400
Besondere soziale Leistungen (Bildung und Teilhabe)	-100.000	-100.000	0	100.000
Sozialleistungen insgesamt	-128.773.929	-127.216.036	-132.977.303	-4.203.374
nicht in vorstehenden Beträgen enthalten:				
Verwaltung SGB XII (950100)	-3.619.153	-3.764.223	-3.874.622	-255.469
Verwaltung SGB II (950300 950301)	-8.881.342	-8.217.742	-8.693.089	188.253
Verwaltung Besondere Soziale Leistungen (950400)	-1.358.225	-1.493.221	-1.629.646	-271.421
BAFöG-Leistungen	-424.536	-346.781	-421.165	3.371
Aufgaben nach dem WTG / Beratung Landespflegegesetz	-876.176	-926.553	-1.001.757	-125.581
Summe weitere Produkte	-15.159.432	-14.748.520	-15.620.279	-460.847
Gesamtsumme A 50	-143.933.361	-141.964.556	-148.597.582	-4.664.221
nachrichtlich:				
Kosten der Unterkunft (KdU) SK 546101 TP 950310	-128.000.000	-128.000.000	-130.000.000	-2.000.000
<i>davon Ukraine (für 2022 noch nicht bezifferbar, ab 08/22</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>-13.200.000</i>	
Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft (KdU)	78.848.000	78.848.000	80.080.000	1.232.000
<i>zusätzliche Ukraine-Hilfsmittel Bund</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>4.910.400</i>	4.910.400
Ausgleichsleistungen (Wohngeldersparnis Land)	9.200.000	9.200.000	6.700.000	-2.500.000
Der in 2023 verringerte Zuschussbedarf im SGB II tritt nur dann ein, wenn die prognostizierte und berücksichtigte Erstattung der Zusatzaufwendungen aufgrund der Ukraine-Flüchtlinge durch den Bund bzw. das Land über das Jahr 2022 hinaus fortgeführt wird. Beim SGB XII ergibt sich in 2023 eine bereits in 2022 absehbare und angekündigte Steigerung, weil die einmalige Verbesserung in 2022 bei der Hilfe zur Pflege aufgrund des Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes ab 2023 wieder entfällt.				

Im Verhältnis zum Ansatz 2022 verändern sich die Zuschussbedarfe deutlich. Dies liegt im SGB XII insbesondere an dem schon beschriebenen Wegfall des Einmaleffekts in der Hilfe zur Pflege. Hier kam es einmalig in 2022 durch die verschiedenen Zeitpunkte des Inkrafttretens der Regelungen aus dem Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz zu einer Reduzierung des Aufwands um 1,3 Mio. € anstelle der eigentlich erforderlichen Steigerung um 4 Mio. €. Im SGB II sind die Auswirkungen der Ukraine-Flüchtlinge und die erwartete Fortsetzung der Ukraine-Hilfen des Bundes berücksichtigt.

Die Ausgleichsleistungen aus der Wohngeldersparnis des Landes werden voraussichtlich deutlich rückläufig sein.

Die detaillierte Entwicklung 2018 bis 2023 ergibt sich aus der beigefügten Aufstellung (Anlage 2).

2.2 Berechnung der allgemeinen Regionsumlage

Auf Basis der zuvor dargestellten Planungsgrundlagen und den entsprechenden Veränderungen in den Budgets ist beabsichtigt, den **Hebesatz der allgemeinen Regionsumlage**

mit 38,5 %

anzusetzen und damit gegenüber der Mittelfristplanung um 0,5 %-Punkte abzusenken. Dies ist nur deshalb möglich, weil die Verwaltung beabsichtigt der Politik vorzuschlagen, den sich

aus der Haushaltsplanung ergebenden **Fehlbedarf von rd. – 10 Mio. €** durch die **Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage** zu decken.

Die Zahllast der Altkreiskommunen für die allgemeine Regionsumlage steigt dennoch aufgrund der deutlich höheren Umlagegrundlagen von bisher rund 197,6 Mio. € um rund 18,6 Mio. € auf rund 216,2 Mio. €, die zur Deckung des HH 2023 erforderlich sind, damit die StädteRegion ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen kann.

Für die Altkreiskommunen ergibt sich folgende Verteilung:

Allgemeine Regionsumlage 2022 / 2023					
Stadt/ Gemeinde	Umlagegrundlagen 2022	Regionsumlage 37,3 %	Umlagegrundlagen 2023	Regionsumlage 38,5 %	Differenz 2022/2023
Alsdorf	87.623.578,68	32.683.595,00	92.495.496,78	35.610.766,00	2.927.171,00
Baesweiler	41.439.353,24	15.456.879,00	43.948.270,64	16.920.084,00	1.463.205,00
Eschweiler	104.106.265,38	38.831.637,00	110.958.389,33	42.718.980,00	3.887.343,00
Herzogenrath	75.844.320,99	28.289.932,00	80.001.533,61	30.800.590,00	2.510.658,00
Monschau	16.319.104,81	6.087.026,00	17.017.415,92	6.551.705,00	464.679,00
Roetgen	12.172.933,81	4.540.504,00	13.435.881,67	5.172.815,00	632.311,00
Simmerath	21.739.035,68	8.108.660,00	23.048.288,42	8.873.591,00	764.931,00
Stolberg	106.437.594,05	39.701.223,00	113.076.581,41	43.534.484,00	3.833.261,00
Würselen	64.159.793,60	23.931.603,00	67.546.424,89	26.005.374,00	2.073.771,00
Summe	529.841.980,24	197.631.059,00	561.528.282,66	216.188.389,00	18.557.330,00
				Fehlbedarf = Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage rd. 10 Mio. €	

2.3 Berechnung der Regionsumlage Mehrbelastung Stadt Aachen

Mit Schreiben vom 04.05.2018 des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein–Westfalen (MHKBG) wird festgelegt, dass ab dem Haushaltsjahr 2019 die Festsetzung einer differenzierten Städteregionsumlage entsprechend der Regelung des § 56 Absatz 4 Kreisordnung NRW (KrO) vorgenommen werden kann, welche die besonderen Finanzbeziehungen beider Parteien (StädteRegion und Stadt Aachen) ausreichend berücksichtigt.

Die Festsetzung einer differenzierten Regionsumlage für die Abrechnung bedarf – entsprechend § 56 Absatz 2 KrO – wie auch bei den anderen Umlagen, der Genehmigung der Bezirksregierung Köln.

Auf Basis der vorstehenden Planungsgrundlagen und der endabgestimmten Abrechnungsschlüssel ist der Umlagesatz der differenzierten Städteregionsumlage „Abrechnung Stadt Aachen“ auf 34,5444 % (gegenüber 32,8759 % im Jahr 2022) berechnet worden. Für die Stadt Aachen ergibt sich entsprechend der beigefügten Aufstellung (Anlage 3) eine Zahllast von rund 194,5 Mio. €.

2.4 Berechnung der Regionsumlage Mehrbelastung Jugendhilfe

Der Hebesatz für die differenzierte Jugendamtsumlage kann trotz des Mehrbedarfs von gut 1 Mio. € aufgrund der deutlich steigenden Umlagegrundlagen von bisher 26,3505 % auf 25,8241 % gesenkt werden, weil die Umlagegrundlagen stärker angestiegen sind als der Zuschussbedarf. Der erhöhte Bedarf von gut 1 Mio. € gegenüber 2022 ist im Wesentlichen auf das Produkt 060301 „Kindertagesbetreuung“ mit rd. 1,3 Mio. € Steigerung zurückzuführen. Dagegen führt die Corona–Isolierung im Produkt 060201 „Hilfen zur

Erziehung, Eingliederungshilfe, Amtspflegschaften, Amtsvormund- und Beistandschaften“ sogar insgesamt zu einer Reduzierung des Zuschussbedarfs um rd. 400 T€.

Die nachstehende Grafik stellt die Zahlen im Einzelnen dar:

diff. Umlage Jugendamt 2023	Summe	Baesweiler	Monschau	Roetgen	Simmerath
Zu erwartender Zuschussbedarf	-25.165.554	-11.349.248	-4.394.595	-3.469.696	-5.952.014
Umlagegrundlagen	97.449.857	43.948.271	17.017.416	13.435.882	23.048.288
Umlagesatz	25,8241%	25,8241%	25,8241%	25,8241%	25,8241%
Abrechnungsbetrag aus 2021 in 2023 von den Kommunen zu erstatten	-528.446,11	-242.207,05	-95.001,51	-64.874,72	-126.362,84
Zahllast 2023 gesamt	-25.694.000,11	-11.591.454,92	-4.489.596,98	-3.534.571,00	-6.078.377,21

Die weitere Entwicklung sieht Umlagebedarfe von

- 27.660.664 € entsprechend 27,3797 % für 2024,
- 27.937.269 € entsprechend 26,5771 % für 2025 und
- 28.216.638 € entsprechend 25,7980 % für 2026 vor.

Aus dem Entwurf des Jahresabschlusses 2021 ergibt sich ein vorläufiger Spitzabrechnungsbetrag zulasten der Jugendamtskommunen i.H.v. rd. -528 T€.

2.5 Berechnung der Regionsumlage Mehrbelastung ÖPNV

Für das Jahr 2023 ist entsprechend der mittelfristigen Vorausschau des Zweckverbandes AVV (Verbandsversammlung vom 24.11.2021) von einer anteiligen Verbandsumlage in Höhe von 19,561 Mio. € auszugehen. Hierauf wird die Nahverkehrspauschale in Höhe von 100 T€ angerechnet.

Danach ergeben sich für die regionsangehörigen Städte und Gemeinden (ohne Stadt Aachen) die nachfolgend dargestellten Umlagen.

Mehrbelastung ÖPNV 2022 / 2023									
Stadt/ Gemeinde	Umlagegrundlagen 2022	Satz	ÖPNV-Umlage 2022	Umlagegrundlagen 2023	Satz	ÖPNV-Umlage 2023	Differenz 2022/2023	Abrechnungsbetrag an St./Gd. für 2021	Zahllast 2023
Alsdorf	87.618.574	2,5579%	2.241.201	92.495.497	2,7984%	2.588.358	347.157	233.448,60	2.354.909,40
Baesweiler	41.437.017	2,1215%	879.068	43.948.271	2,2902%	1.006.517	127.449	90.779,60	915.737,40
Eschweiler	104.100.366	2,9278%	3.047.878	110.958.389	3,1381%	3.482.031	434.153	314.050,62	3.167.980,38
Herzogenrath	75.840.078	3,8691%	2.934.323	80.001.534	4,0859%	3.268.749	334.426	294.814,27	2.973.934,73
Monschau	16.318.213	4,9914%	814.500	17.017.416	4,9529%	842.861	28.361	76.019,19	766.841,81
Roetgen	12.172.934	5,7775%	703.292	13.435.882	6,2480%	839.471	136.179	75.713,37	763.757,63
Simmerath	21.737.838	4,3962%	955.631	23.048.288	4,7273%	1.089.553	133.922	98.268,71	991.284,29
Stolberg	106.431.535	3,7620%	4.003.996	113.076.581	3,8872%	4.395.489	391.493	396.437,03	3.999.051,97
Würselen	64.156.256	2,7520%	1.765.611	67.546.425	2,8839%	1.947.971	182.360	175.690,96	1.772.280,04
insgesamt	529.812.811		17.345.500	561.528.283		19.461.000	2.115.500	1.755.222,35	17.705.777,65

Für die vorstehende Berechnung wurden die vorjährigen Verteilungsschlüssel zugrunde gelegt, da die aktuellen Verteilungsschlüssel aus dem Sommer 2022 noch nicht vorliegen. Der weitere Umlagebedarf ergibt sich aus der nachstehenden Aufstellung:

Mittelfristige Vorausschau für die Jahre 2022 bis 2026 Betriebszweig Bus Zahlungen der Gebietskörperschaften an den Zweckverband AVV					
	2022*	2023	2024	2025	2026
	€	€	€	€	€
Verbandsumlagen					
• von der Stadt Aachen	21.475.000	24.498.000	22.554.000	23.129.000	22.456.000
• von der StädteRegion Aachen	17.358.000	19.561.000	18.077.000	18.573.000	18.127.000
• vom Kreis Düren	11.581.000	12.600.000	12.400.000	13.804.000	15.591.000
• vom Kreis Heinsberg	15.514.000	14.734.000	15.387.000	16.206.000	17.390.000
	65.928.000	71.393.000	68.418.000	71.712.000	73.564.000
Unter Berücksichtigung der anrechenbaren Nahverkehrspauschale von	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
ergibt sich für die StädteRegion Aachen eine AVV-Umlage in Höhe von	17.258.000	19.461.000	17.977.000	18.473.000	18.027.000
Für die Machbarkeitsstudie und das Kommunikationskonzept der Regio-Tram kommen hinzu	87.500	0	0	0	0
so dass sich für die StädteRegion Aachen folgende gesamte AVV-Umlage ergibt	17.345.500	19.461.000	17.977.000	18.473.000	18.027.000

Aus dem Jahr 2021 ergibt sich eine Spitzabrechnung zugunsten der Kommunen von insgesamt 1.755.222,35 €, die in 2023 zur Auszahlung kommt.

3. Ausblick auf die Folgejahre (mittelfristige Planung 2024 bis 2026)

Für die Jahre 2024 bis 2026 ergibt sich nach der als Anlage 1 beigefügten Übersicht eine **mit deutlichen Risiken verbundene Einschätzung** hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Umlagesatzes. Ziel ist die Stabilisierung des Umlagesatzes auf dem Niveau von 38,5 % für die Jahre 2024 (mit einer weiteren notwendigen erheblichen Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage von rd. 6,2 Mio. €), 2025 (mit einer weiteren Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage von rd. 3,6 Mio. €) sowie 2026 (originärer Ausgleich des Haushalts). Berücksichtigt sind dabei in der Planung in 2024 bis 2026 deutlich steigende Umlagegrundlagen, abgeleitet aus der regionalisierten Steuerschätzung aus Mai 2022, ebenso wie kräftige Steigerungen der Schlüsselzuweisungen. Andererseits berücksichtigt diese Planung entsprechend der fortgeschriebenen Orientierungsdaten 2020 maßvolle Anhebungen bei den Personalaufwendungen (+ 1 %) und bei den Sozialhilfesaufwendungen (+ 2 %). Wenn sich diese Annahmen bewahrheiten, die insbesondere von einer andauernden Erholung in der Nach-Corona-Phase und keinen wesentlichen Einbrüchen bei den Steuereinnahmen ausgehen, wenn die Folgen der Hochwasserkatastrophe vollständig oder weitestgehend ohne zusätzliche Haushaltsbelastung (aufgrund erwarteter und eingeplanter Hilfsmittel von Bund und Land) bewältigt werden können, wenn die Auswirkungen des Ukraine-Krieges nicht negativ über die bereits etatisierten Folgen (insbes. Strom, Gas, Zinsen) auf den Haushalt durchschlagen und wenn keine anderweitigen Belastungen hinzukommen, die jetzt noch

nicht absehbar sind, wäre die dargestellte Entwicklung der Umlagesätze in 2023 bis 2026 mit konstant 38,5 % realisierbar. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist dabei der Umlagesatz der Landschaftsumlage, der durchgängig mit 16,65 % für 2023 und die Folgejahre entsprechend des Doppelhaushalts 2022/2023 des LVR eingeplant wurde.

Als Anlage 1 beigefügt ist die zusammenfassende Übersicht über die Haushalts- und Finanzplanung der Jahre 2022 bis 2026.

4. Weitere Zeitplanung

Für das weitere Verfahren sind folgende Termine vorgesehen:

Frist zur Stellungnahme	20.09.2022
Feststellung des Haushaltsentwurfs	23.09.2022
Bekanntmachung im Amtl. Mitteilungsblatt	04.10.2022
Auslegung des Haushaltsentwurfs	05.10.2022 – 08.12.2022
Versand an die Städteregionstagsmitglieder	05.10.2022
1. Beratung im Städteregionsausschuss (mit Gelegenheit zur Stellungnahme der ra. Kommunen)	10.11.2022
2. Beratung im Städteregionsausschuss	24.11.2022
Beschlussfassung im Städteregionstag	08.12.2022

5. Schlussbemerkung

Die Rücksichtnahme auf die schwierige Haushaltslage der regionsangehörigen Kommunen führte in den Jahren 2010 bis 2014 zum vollständigen Einsatz der Ausgleichsrücklage von insgesamt 57,4 Mio. €, um die Regionsumlage kommunalfreundlich zu gestalten. Mit dem vorliegenden Vorschlag für den Haushalt 2023 wird dieser Kurs konsequent fortgesetzt. Die positiven Jahresabschlüsse 2018 (Überschuss: rd. 2,4 Mio. €) und 2019 (Überschuss: rd. 0,6 Mio. €) sowie insbesondere 2020 (Überschuss: rd. 16,1 Mio. €) führen dazu, dass wie schon in der bisherigen Planung des Haushalts 2022 über das Jahr 2023 hinaus Mittel in der Ausgleichsrücklage verbleiben. Diese werden, unter Berücksichtigung des geplanten und voraussichtlich auch tatsächlichen Einsatzes mit rd. 4,3 Mio. € in 2022, mit rd. 10 Mio. € in 2023, mit rd. 6,2 Mio. € in 2024 und mit rd. 3,6 Mio. € in 2025 eingesetzt, um die Umlage – trotz der noch schwieriger gewordenen Rahmenbedingungen aufgrund der Pandemie, der Hochwasserkatastrophe, des Ukraine-Krieges und der erheblichen Zusatzbelastungen aus der Landschaftsumlage – auf einem erträglichen und konstanten Wert von 38,5 % halten zu können. Die Senkung des Umlagesatzes ab 2023 gegenüber der bisherigen Mittelfristplanung bzw. die Begrenzung des Anstiegs gegenüber dem Vorjahr auf 1,2 % ist trotz der voraussichtlichen Steigerung des Umlagesatzes des LVR von 15,2 % in 2022 um 1,45 % auf 16,65 % in 2023 und – aufgrund der deutlich steigenden Umlagegrundlagen – einer daraus resultierenden Erhöhung der Zahllast um rd. 26,6 Mio. € möglich, weil die positive Entwicklung der Steuerkraft der Kommunen wie auch des Landes zu einer erwarteten deutlichen Steigerung der verteilbaren Schlüsselmasse führt und weil die steigenden

Umlagegrundlagen auch bei einem geringeren Umlagesatz zu höheren absoluten Regionsumlagebeträgen führen. Hinzu kommt der Einsatz der Ausgleichsrücklage in der Größenordnung von gut 10 Mio. €, der bereits in der Mittelfristplanung des Haushalts 2022 für das Jahr 2023 (seinerzeit mit rd. 9,7 Mio. €) vorgesehen war.

Damit erhalten die regionsangehörigen Kommunen bereits jetzt Planungssicherheit – immer unter der Einschränkung, dass sich wesentliche Parameter nicht abweichend entwickeln – mit einem für 2023 gegenüber der bisherigen Mittelfristplanung abgesenkten und stabilen Umlagesatz von 38,5 % für 2023 bis 2026.

Neben den Unsicherheitsfaktoren, die sich aus der Prognose der Steuerkraft in der Nach-Corona-Phase, aus den Folgen des Ukraine-Krieges sowie aus der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe ergeben, wird die Frage, wie der bevorstehende Strukturwandel in der Region bewältigt werden kann, ebenfalls weiterhin maßgeblichen Einfluss auf die Haushaltsentwicklung haben.

Anlagen

Zusammenfassung und mittelfristige Planung (Anlage 1)

Entwicklung der Zuschussbedarfe in der Sozialhilfe 2018 bis 2023 (Anlage 2)

Differenzierte Umlage „Abrechnung Stadt AC“ (Anlage 3)

Entwicklung der Ausgleichsrücklage (Anlage 4)

Haushalts-/Finanzplanung 2023 - 2026															
OE	Produkt	Teilprodukt	Bezeichnung Produkt / Teilprodukt	Ergebnis 2021			Ansatz 2022			2023			2024	2025	2026
				Erträge €	Aufwendungen €	Saldo €	Erträge €	Aufwendungen €	Überschuss/ Zuschuss- bedarf €	Erträge €	Aufwendungen €	Überschuss/ Zuschuss- bedarf €	Überschuss/ Zuschuss- bedarf €	Überschuss/ Zuschuss- bedarf €	Überschuss/ Zuschuss- bedarf €
			Dezernat I	0,00	0,00	0,00	19.418.427	-28.342.078	-8.923.651	20.764.645	-31.677.943	-10.913.298	-9.235.596	-10.391.190	-9.900.586
			Dezernat II	0,00	0,00	0,00	18.663.635	-32.170.670	-13.507.035	18.860.701	-33.790.106	-14.929.405	-15.667.484	-15.823.158	-15.980.390
			Dezernat III	0,00	0,00	0,00	212.067.682	-374.213.924	-162.146.242	224.896.599	-393.064.418	-168.167.819	-171.217.533	-174.217.418	-177.427.261
			Dezernat IV	0,00	0,00	0,00	10.703.491	-59.266.080	-48.562.589	10.978.243	-67.487.982	-56.509.739	-55.496.228	-55.439.893	-56.960.775
			Dezernat V	0,00	0,00	0,00	44.901.132	-98.080.833	-53.179.701	51.774.361	-107.343.374	-55.569.013	-59.425.350	-59.968.450	-60.526.694
			Dezernat VI	0,00	0,00	0,00	32.275.394	-37.119.627	-4.844.233	30.271.209	-38.371.585	-8.100.376	-8.207.726	-8.603.877	-8.370.838
			Summe Dezernate I - VI	0,00	0,00	0,00	338.029.761	-629.193.212	-291.163.451	357.545.758	-671.735.408	-314.189.650	-319.249.917	-324.443.986	-329.166.544
			Allg. Deckungsmittel	0,00	0,00	0,00	474.604.475	-187.701.146	286.903.329	516.540.658	-212.386.371	304.154.287	313.013.337	320.859.542	329.166.544
			Summe insgesamt	0,00	0,00	0,00	812.634.236	-816.894.358	-4.260.122	874.086.416	-884.121.779	-10.035.363	-6.236.580	-3.584.444	0
			Überschüsse/Defizite nach derzeitigem Stand der Haushaltsplanung						-4.260.122		-10.035.363	-6.236.580	-3.584.444	0	
			Haushaltsausgleich unter Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage (Veranschlagung Fehlbedarf)						4.260.122		10.035.363	6.236.580	3.584.444		
			(geplante Inanspruchnahme lt. MiFri 2022)						5.393.056	4.260.122	9.692.859	5.854.152	3.282.895	0	
			Umlagegrundlagen (nur Altkeis AC wg. diff. RU Stadt AC)						529.841.980		561.528.283	582.136.371	605.712.894	630.244.266	
											2023	2024	2025	2026	
			Umlage lt. Umlagesatz MiFri 2022						37,3000%	197.631.059		218.996.030	227.033.185	236.228.028	245.795.264
												39,0000%	39,0000%	39,0000%	39,0000%
			- Weniger-/Mehrbedarf									-2.807.641	-2.910.681	-3.028.564	-3.151.221
			Veränderung Umlage gegenüber MiFri 2022									-0,5000%	-0,5000%	-0,5000%	-0,5000%
			neue Allgemeine Regionsumlage zum Haushaltsausgleich						197.631.059			216.188.389	224.122.503	233.199.464	242.644.042
												38,5%	38,5%	38,5%	38,5%
			Veränderung Umlage gegenüber Vorjahr									1,2000%	0,0000%	0,0000%	0,0000%
			nachrichtlich: diff. Umlage Stadt Aachen						175.487.309			194.487.890	199.656.801	204.757.328	210.298.124
			Umlagegrundlagen Stadt AC						533.787.420			563.008.550	583.670.964	607.309.638	631.905.678
			Umlagesatz diff. RU Stadt Aachen						32,8759%			34,5444%	34,2071%	33,7155%	33,2800%

Sozialleistungen								
Zuschussbedarfe Sozialleistungen 2018 bis 2023								
	Ergebnis 2018 €	Ergebnis 2019 €	Ergebnis 2020 €	vorl. Ergebnis 2021 €	HH-Ansatz 2022 €	Prognose I. Bud.-B. 2022 €	HH-Ansatz 2023 €	Veränderung 2023 zu 2022 €
Hilfe zum Lebensunterhalt (950101)	-7.271.384	-7.937.164	-9.260.723	-10.026.975	-10.161.000	-10.186.000	-10.446.000	-285.000
Grundsicherung Alter/Erwerbsminderung (950110)	704	-34.733	-3.834					0
Hilfen zur Gesundheit (950120)	-5.270.144	-7.693.055	-6.399.198	-7.151.678	-6.799.000	-6.799.000	-6.800.000	-1.000
Eingliederungshilfe (950130)	-4.983.047	-16.551.703	-3.321.100	-99.515	-200.000	-50.000		200.000
Hilfe zur Pflege (950140)	-23.659.801	-25.887.943	-29.187.352	-32.493.130	-29.795.000	-29.795.000	-36.185.000	-6.390.000
Hilfe zur Überwindung bes. soz. Schwierigkeiten (950150)	-380.980	-429.739	-492.523	-404.554	-489.000	-479.000	-524.000	-35.000
Hilfen in anderen Lebenslagen (95160)	-422.405	-453.676	-491.863	-406.971	-495.000	-485.000	-499.000	-4.000
Freiwillige Förderungen (950170)	-524.417	-546.707	-588.269	-598.464	-977.822	-976.980	-793.596	184.226
Delegationsaufgaben (950180)			464	37.485		-37.949		0
Pflegewohngeld (950200)	-18.904.087	-18.970.826	-19.368.138	-19.160.690	-20.810.000	-19.810.000	-20.290.000	520.000
Aufw.Zusch. Kurzzeit-/Tagespflege und Inv. amb. D. (950210)	-4.571.811	-5.033.782	-4.815.136	-5.402.195	-5.590.000	-5.590.000	-5.490.000	100.000
Wohn- und Pflegeberatung (950220)	-229	-229	-147	-53	-107	-107	-107	0
Eingliederungshilfe nach Teil 2 SGB IX - örtl. Träger (950430)			-5.323.865	-7.626.587	-9.920.000	-9.540.000	-10.420.000	-500.000
Leistungen nach dem SGB XII und APG NRW sowie SGB IX	-65.987.602	-83.539.558	-79.251.686	-83.333.328	-85.236.929	-83.749.036	-91.447.703	-6.210.774
Leistungen Uterkunft und Heizung (950310)	-74.693.234	-68.278.740	-41.310.242	-38.268.456	-39.952.000	-39.952.000	-38.309.600	1.642.400
Sonst. komm. Leistungen SGB II (950390)	-2.429.180	-3.406.363	-2.327.950	-1.981.940	-3.485.000	-3.415.000	-3.220.000	265.000
Leistungen nach dem SGB II	-77.122.414	-71.685.103	-43.638.192	-40.250.396	-43.437.000	-43.367.000	-41.529.600	1.907.400
Leist. nach dem BKG, Bildung und Teilhabe (950450 950510)	-424.133	-230.585	-5.815	19.552	-100.000	-100.000		0
Besondere soziale Leistungen (Bildung und Teilhabe)	-424.133	-230.585	-5.815	19.552	-100.000	-100.000	0	0
Sozialleistungen insgesamt	-143.534.150	-155.455.246	-122.895.692	-123.564.171	-128.773.929	-127.216.036	-132.977.303	-4.303.374
nicht in vorstehenden Beträgen enthalten:								
Verwaltung SGB XII (950100)	-4.468.130	-4.683.059	-4.024.781	-3.736.943	-3.619.153	-3.764.223	-3.874.622	-255.469
Verwaltung SGB II (950300 950301)	-7.388.306	-7.843.440	-7.884.881	-7.507.785	-8.881.342	-8.217.742	-8.693.089	188.253
Verwaltung Besondere Soziale Leistungen (950400)	-687.065	-713.664	-1.260.045	-1.446.629	-1.358.225	-1.493.221	-1.629.646	-271.421
BAFöG-Leistungen (030901)	-428.256	-481.174	-516.002	-375.234	-424.536	-346.781	-421.165	3.371
Aufgaben nach dem WTG / APG (070105)	-501.730	-625.791	-783.640	-871.553	-876.176	-926.553	-1.001.757	-125.581
Summe weitere Produkte	-13.473.486	-14.347.128	-14.469.350	-13.938.144	-15.159.432	-14.748.520	-15.620.279	-460.847
Gesamtsumme A 50	-157.007.636	-169.802.373	-137.365.043	-137.502.316	-143.933.361	-141.964.556	-148.597.582	-4.764.221
nachrichtlich:								
Kosten der Unterkunft (KdU) SK 546101 TP 950310	-127.251.794	-122.895.437	-123.277.813	-122.459.545	-128.000.000	-128.000.000	-130.000.000	-2.000.000
<i>davon Ukraine (für 2022 noch nicht bezifferbar, ab 08/22)</i>					0	0	-13.200.000	
Bundesbet. Eingl.H. Kosten für Unterkunft (KdU) 5 Mrd. € (950130)	10.056.292	1.380.726						
Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft (KdU)	40.962.028	43.709.168	74.062.955	73.689.456	78.848.000	78.848.000	80.080.000	1.232.000
zusätzliche Ukraine-Hilfsmittel Bund					0	0	4.910.400	4.910.400
Ausgleichsleistungen (Wohngeldersparnis Land)	11.310.879	10.156.278	9.862.225	9.377.492	9.200.000	9.200.000	6.700.000	-2.500.000
Der in 2023 verringerte Zuschussbedarf im SGB II tritt nur dann ein, wenn die prognostizierte und berücksichtigte Erstattung der Zusatzaufwendungen aufgrund der Ukraine-Flüchtlinge durch den Bund bzw. das Land über das Jahr 2022 hinaus fortgeführt wird.								
Beim SGB XII ergibt sich in 2023 eine bereits in 2022 absehbare und angekündigte Steigerung, weil die einmalige Verbesserung in 2022 bei der Hilfe zur Pflege aufgrund des Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes ab 2023 wieder entfällt.								

Differenzierte Umlage "Abrechnung Stadt Aachen"									
OE	Produkt	Teil- produkt	Bezeichnung Produkt / Teilprodukt	2023			2024	2025	2026
				Erträge	Aufwendungen	Überschuss/ Zuschussbedarf	Überschuss/ Zuschuss-	Überschuss/ Zuschuss-	Überschuss/ Zuschuss-
				HH-Entwurf	HH-Entwurf	HH-Entwurf	bedarf	bedarf	bedarf
				€	€	€	€	€	€
Dez. I									
Nr. 3	01.04.01	910100	Personalbedarf zentrale Ämter – Personal	0	-63.500	-63.500	-63.500	-63.500	-63.500
	01.04.01	910130	Personalbedarf zentrale Ämter – Personal		-148.600	-148.600	-148.600	-148.600	-148.600
	010701		Personalbedarf zentrale Ämter – Kämmerei		-159.200	-159.200	-159.200	-159.200	-159.200
	010702		Personalbedarf zentrale Ämter – Kasse		-131.750	-131.750	-131.750	-131.750	-131.750
	011201		Personalbedarf zentrale Ämter – Gebäudemang.		-30.400	-30.400	-30.400	-30.400	-30.400
	Zwischensumme Personalmehrbedarf zentrale Ämter			0	-533.450	-533.450	-533.450	-533.450	-533.450
Nr. 4	01.01.01		Anteil Städteregionstag 22,22 %	0	-474.731	-474.731	-495.296	-500.249	-505.251
	01.04.01	910120	Anteil Ausbildung 27,69 %	0	-909.512	-909.512	-918.608	-927.794	-937.072
	01.14.01		Anteil Personalrat 20,0 %	0	-101.070	-101.070	-102.081	-103.102	-104.133
	Zw.-summe Nr. 4 der BM-Vereinbarung			0	-1.485.314	-1.485.314	-1.515.985	-1.531.144	-1.546.456
S 80	15.02.01		Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen	6.000.000		6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000
	Zw.-summe S 80			6.000.000	0	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000
	Zw.-summe Dez. I			6.000.000	-2.018.764	3.981.236	3.950.565	3.935.406	3.920.094
Dez. II									
A 32	02.03.01	932100	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	0	-10.000	-10.000	-10.100	-10.201	-10.303
		932110	Sprengstoffrechtliche Angelegenheiten	9.323	-14.913	-5.589	-5.645	-5.702	-5.759
		932120	Aufgaben nach der Gewerbeordnung (GewO)	54.300	-78.238	-23.938	-24.177	-24.419	-24.663
	02.03.04		Bekämpfung der Schwarzarbeit	32.303	-72.430	-40.127	-40.528	-40.933	-41.343
	Zw.-summe A 32			95.926	-175.580	-79.654	-80.450	-81.255	-82.067
A 33	02.03.05	933200	Aufenthaltsangelegenheiten	1.003.476	-6.046.452	-5.042.976	-5.093.406	-5.144.340	-5.195.783
		933210	Einbürgerungen, Namensänderungen, Personenstand	202.440	-408.716	-206.276	-208.339	-210.423	-212.527
	Zw.-summe A 33			1.205.916	-6.455.168	-5.249.253	-5.301.745	-5.354.763	-5.408.310
A 36	02.03.09	936100	Verwaltung	178.570	-535.714	-357.144	-360.715	-364.322	-367.966
		936200	Zulassungsstelle	2.028.684	-1.450.107	578.576	584.362	590.206	596.108
		936300	Führerscheinstelle	855.347	-1.231.735	-376.388	-380.152	-383.954	-387.793
		936400	Ausnahmegenehmigungen	203.945	-489.395	-285.450	-288.304	-291.187	-294.099
	Zw.-summe A 36			3.266.545	-3.706.951	-440.405	-444.809	-449.258	-453.750
	Zw.-summe Dez. II			4.568.387	-10.337.699	-5.769.312	-5.827.005	-5.885.275	-5.944.128

Differenzierte Umlage "Abrechnung Stadt Aachen"									
OE	Produkt	Teil- produkt	Bezeichnung Produkt / Teilprodukt	2023			2024	2025	2026
				Erträge	Aufwendungen	Überschuss/ Zuschussbedarf	Überschuss/ Zuschuss-	Überschuss/ Zuschuss-	Überschuss/ Zuschuss-
				HH-Entwurf	HH-Entwurf	HH-Entwurf	bedarf	bedarf	bedarf
				€	€	€	€	€	€
Dez. III									
A 46	06.08.01	946200	Zusätzliche Integrationsarbeit/Antirassismuarbeit		-23.513	-23.513	-23.748	-23.985	-24.225
			Zw.-summe A 46	0	-23.513	-23.513	-23.748	-23.985	-24.225
A 50	03.09.01		Leistungen nach dem BAFöG	579	-242.968	-242.390	-244.814	-247.262	-249.734
	05.01.01	950100	Verwaltung	52.894	-2.147.108	-2.094.214	-2.114.645	-2.135.280	-2.156.121
		950101	Hilfe zum Lebensunterhalt	963.679	-6.041.221	-5.077.542	-5.179.093	-5.282.675	-5.388.328
		950110	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	40.110.944	-40.110.944	0	0	0	0
		950120	Hilfen zur Gesundheit	263.400	-5.505.560	-5.242.160	-5.347.003	-5.453.943	-5.563.022
		950130	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	0	0	0	0	0	0
		950140	Hilfe zur Pflege	441.386	-19.665.380	-19.223.994	-19.608.474	-20.000.643	-20.400.656
		950150	Hilfe zur Überwindung bes. soz. Schwierigkeiten	0	-336.045	-336.045	-342.766	-349.621	-356.614
		950160	Hilfe in anderen Lebenslagen	0	-312.430	-312.430	-318.679	-325.052	-331.553
		950170	Freiwillige Förderungen	0	-543.671	-543.671	-554.544	-565.635	-576.948
		950180	Delegationsaufgaben	4.008.488	-4.008.488	0	0	0	0
		950200	Pflegewohnngeld	62.427	-8.901.100	-8.838.673	-9.015.446	-9.195.755	-9.379.670
		950210	Bewohnerbezogene Aufwendungszuschüsse	4.961	-2.402.600	-2.397.639	-2.445.592	-2.494.504	-2.544.394
		950220	Wohn- und Pflegeberatung	0	0	0	0	0	0
		950230	Pflegestützpunkte	0	0	0	0	0	0
	05.02.01	950300	Verwaltung	11	-129.707	-129.695	-130.992	-132.302	-133.625
		950301	Verwaltung ARGE	11.983.839	-16.055.798	-4.071.959	-4.169.686	-4.207.213	-4.329.222
		950310	Leistungen für Unterkunft und Heizung	49.352.269	-69.513.840	-20.161.571	-20.484.156	-20.893.839	-21.311.716
		950390	Sonstige kommunale Leistungen nach SGB II	2.934.800	-4.667.821	-1.733.021	-1.767.681	-1.803.035	-1.839.096
	05.03.01	950400	Verwaltung	143.951	-1.120.863	-976.912	-1.000.358	-1.010.361	-1.020.465
		950410	Leistungen nach dem OEG, SVG, BSeuchG			0	0	0	0
		950420	Leistungen nach dem SGB IX	253.219	-253.650	-431	-436	-440	-445
		950430	Eingliederungshilfe örtl. Träger	60.784	-4.933.950	-4.873.166	-4.921.898	-4.971.117	-5.020.828
		950440	Eingliederungshilfe n. Teil 2 SGB IX	573.932	-574.400	-468	0	0	0
		950450	Leistungen nach dem BKGG (BTP)	790.590	-790.590	0	0	0	0
	05.03.03	950520	Leistungen Bildung und Teilhabe (Hortkinder/Schulso	0	0	0	0	0	0
		950530	Leistungen nach dem AsylbLG (Flüchtlinge)			0	0	0	0
	07.01.05		Aufgaben nach dem Wohn- und Teilhabegesetz	19.724	-523.329	-503.605	-503.606	-508.642	-513.729
			Zw.-summe A 50	112.021.876	-188.781.463	-76.759.587	-78.149.869	-79.577.321	-81.116.167
A 53	07.01.01		Gesundheitsamt	1.865.193	-7.479.154	-5.613.961	-5.701.577	-5.769.996	-5.839.236
			Zw.-summe A 53	1.865.193	-7.479.154	-5.613.961	-5.701.577	-5.769.996	-5.839.236
A 57	05.03.02		Aufgaben des Schwerbehindertenrechts	839.199	-1.596.184	-756.985	-764.554	-772.200	-779.922
	05.06.01	957100	Aufgaben/Leistungen n.d. Bundeselterngeldgesetz	252.925	-443.679	-190.755	-192.662	-194.589	-196.535
		957200	Betreuungsgeld	0	0	0	0	0	0
			Zw.-summe A 57	1.092.124	-2.039.863	-947.739	-957.217	-966.789	-976.457
			Zw.-summe Dez. III	114.979.193	-198.323.993	-83.344.800	-84.832.411	-86.338.091	-87.956.085

Differenzierte Umlage "Abrechnung Stadt Aachen"									
OE	Produkt	Teil- produkt	Bezeichnung Produkt / Teilprodukt	2023			2024	2025	2026
				Erträge	Aufwendungen	Überschuss/ Zuschussbedarf	Überschuss/ Zuschuss-	Überschuss/ Zuschuss-	Überschuss/ Zuschuss-
				HH-Entwurf	HH-Entwurf	HH-Entwurf	bedarf	bedarf	bedarf
				€	€	€	€	€	€
Dez. IV									
A 39	02.08.01	939100	Veterinäraufsicht	15.820	-148.447	-132.627	-133.954	-135.293	-136.646
		939110	Tierschutz	9.834	-446.095	-436.261	-440.624	-445.030	-449.480
		939120	Tierkörperbeseitigung	1.330	-36.965	-35.635	-35.991	-36.351	-36.714
		939130	Tierzuchtberatung	432	-26.041	-25.608	-25.864	-26.123	-26.384
	02.08.02	939200	Lebensmittelüberwachung	159.168	-1.527.413	-1.368.245	-1.381.927	-1.395.747	-1.409.704
	02.08.03		Schlachttier- und Fleischüberwachung	1.661	-13.669	-12.008	-12.128	-12.250	-12.372
			Zw.-summe A 39	188.245	-2.198.629	-2.010.384	-2.030.488	-2.050.793	-2.071.301
S 64	12.02.01		Kreisstraßen - Unterhaltung / AfA		-135.410	-135.410	-136.764	-138.131	-139.513
	12.02.01		Kreisstraßen - Instandsetzung		-330.000	-330.000	-200.000	0	0
			Zw.-summe S 64	0	-465.410	-465.410	-336.764	-138.131	-139.513
A 62	09.02.01		Vermessung, Erhebung und Führung v. Geobasisdaten	202.337	-2.031.549	-1.829.213	-1.847.505	-1.865.980	-1.884.640
	09.02.02		Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement	3.593	-641.714	-638.122	-644.503	-650.948	-657.458
	09.02.03		Grundstückswertermittlung	11.805	-476.906	-465.101	-469.752	-474.450	-479.194
			Zw.-summe A 62	217.734	-3.150.170	-2.932.436	-2.961.760	-2.991.378	-3.021.292
A 63	10.02.01		Wohnraumförderung	101.509	-298.584	-197.075	-198.060	-199.051	-200.046
			Zw.-summe A 63	101.509	-298.584	-197.075	-198.060	-199.051	-200.046
A 70	02.11.01		Jagd- und Fischereiangelegenheiten	23.331	-69.968	-46.637	-47.103	-47.574	-48.050
	13.04.01		Aufgaben ohne Personalübergang - Artenschutz	0	-31.700	-31.700	-31.700	-31.700	-31.700
			Zw.-summe A 70	23.331	-101.668	-78.337	-78.803	-79.274	-79.750
			Zw.-summe Dez. IV	530.819	-6.214.461	-5.683.642	-5.605.876	-5.458.627	-5.511.901
Dez. V									
A 40	03.01.01	940120	Kleebachschule in Aachen	108.648	-2.839.315	-2.730.667	-2.801.664	-2.829.681	-2.857.978
	03.01.02	940220	Lindenschule in Aachen	336.293	-1.667.274	-1.330.981	-1.349.615	-1.363.111	-1.376.742
	03.01.04	940600	Janusz-Korczak-Schule in Aachen	5.044	-275.307	-270.263	-278.912	-281.701	-284.518
	03.02.01	940750	Käthe-Kollwitz-Schule in Aachen	142.580	-2.470.468	-2.327.888	-2.479.201	-2.503.993	-2.529.033
		940760	Mies-van-der-Rohe-Schule in Aachen	151.929	-3.026.137	-2.874.208	-3.035.164	-3.065.515	-3.096.170
		940770	Berufskolleg für Gestaltung und Technik in Aachen	152.780	-4.726.847	-4.574.067	-4.766.178	-4.813.840	-4.861.978
		940780	Paul-Julius-Reuter-Berufskolleg in Aachen	106.647	-2.735.166	-2.628.519	-2.773.088	-2.800.818	-2.828.827
		940790	Berufskolleg für Wirtschaft und Verwaltung in Aachen	113.000	-1.904.391	-1.791.391	-1.949.033	-1.968.524	-1.988.209
	03.03.01	940800	Abendrealschule	0	-8.531	-8.531	-8.616	-8.702	-8.789
	03.05.01	940910	WBK/Abendgymnasium	6.922	-247.200	-240.278	-248.447	-250.931	-253.441
		940400	Allgemeine Schulverwaltung	1.252	-758.826	-757.574	-662.877	-669.506	-676.201
			Zw.-summe A 40	1.125.095	-20.659.462	-19.534.367	-20.352.794	-20.556.322	-20.761.885

Differenzierte Umlage "Abrechnung Stadt Aachen"									
OE	Produkt	Teil- produkt	Bezeichnung Produkt / Teilprodukt	2023			2024	2025	2026
				Erträge	Aufwendungen	Überschuss/ Zuschussbedarf	Überschuss/ Zuschuss-	Überschuss/ Zuschuss-	Überschuss/ Zuschuss-
				HH-Entwurf	HH-Entwurf	HH-Entwurf	bedarf	bedarf	bedarf
				€	€	€	€	€	€
A 41	03.04.04		Schulaufsicht	106.114	-1.451.143	-1.345.029	-1.358.479	-1.372.064	-1.385.784
			Zw.-summe A 41	106.114	-1.451.143	-1.345.029	-1.358.479	-1.372.064	-1.385.784
A 43	03.04.02	943100	Bildungsbüro	442.973	-923.773	-480.801	-485.609	-490.465	-495.369
		943200	Modellprojekt "Lernen vor Ort"	0	0	0	0	0	0
		943300	Bildungszugabe	0	-292.167	-292.167	-293.043	-293.922	-294.804
		943400	Übergangmanagement Schule-Beruf-Studium	97.168	-245.149	-147.982	-149.461	-150.956	-152.465
			Zw.-summe A 43	540.140	-1.461.089	-920.949	-928.113	-935.343	-942.639
A 51	06.04.01	951500	Erziehungsberatung mit Schulpsychologie, Familien- bildungsstätten (all. RU)	13.151	-83.464	-70.313	-67.360	-68.033	-68.714
		951510	Adoptionsvermittlung (allg. RU)	1.654	-54.569	-52.914	-53.444	-53.978	-54.518
	060005		Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe	0	-34.285	-34.285	-36.239	-36.601	-36.967
			Zw.-summe A 51	14.806	-172.318	-157.512	-157.042	-158.613	-160.199
S 85	01.02.01		Bürgerschaftliches Engagement		-15.201	-15.201	-15.201	-15.201	-15.201
			Zw.-summe S 85		-15.201	-15.201	-15.201	-15.201	-15.201
			Zw.-summe Dez. V	1.786.155	-23.759.212	-21.973.057	-22.811.630	-23.037.543	-23.265.709
Dez. VI									
A 38	02.04.01		Feuerschutz	0	-20.164	-20.164	-20.365	-20.569	-20.775
	02.07.01		Leitstelle für Rettungsdienst, Feuer- und K'Schutz	2.477.440	-3.697.672	-1.220.232	-1.232.434	-1.244.758	-1.257.206
			Zw.-summe A 38	2.477.440	-3.717.835	-1.240.395	-1.232.434	-1.244.758	-1.257.206
			Zw.-summe Dez. VI	2.477.440	-3.717.835	-1.240.395	-1.232.434	-1.244.758	-1.257.206
AD	16.01.01		Schlüsselzuweisungen vom Land	9.889.470	0	9.889.470	10.383.944	10.799.301	11.188.076
			Schul- und Bildungspauschale	3.743.298	0	3.743.298	3.930.463	4.087.681	4.234.838
			Investitionspauschale	1.296.832	0	1.296.832	1.361.673	1.367.120	1.416.336
			Inklusionspauschale	0	0	0	0	0	0
			Landschaftsumlage einschl. Bedarfsumlage		-95.387.520	-95.387.520	-98.974.091	-102.982.542	-107.122.440
			Landschaftsumlage (Bedarfsumlage ELAG-Abr.)	0	0	0	0	0	0
	16.02.01		Zuführung zu Rückstellungen (Pensionen etc.)		0	0	0	0	0
			Zw.-summe AD	14.929.599	-95.387.520	-80.457.921	-83.298.012	-86.728.439	-90.283.190
			Gesamtsumme	145.271.593	-339.759.484	-194.487.890	-199.656.801	-204.757.328	-210.298.124
			Umlagegrundlagen			563.008.550	583.670.964	607.309.638	631.905.678
			Umlagesatz			34,5444	34,2071	33,7155	33,2800

Entwicklung der Ausgleichsrücklage/Allgemeine Rücklage			
		Ausgleichs- rücklage €	Veränderung lt. vorjähriger Planung €
01.01.2010	lt. festgestellter Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 (SRT 28.06.2012, SV-Nr.: 2012/0259)	57.406.022,00	
Zu-/Abgang	lt. festgestellter Jahresrechnung 2010 (SRT 18.07.2013, SV-Nr.: 2013/0209)	-6.490.557,69	
31.12.2010		50.915.464,31	
Abgang	lt. festgestellter Jahresrechnung 2011 (SRT 12.12.2013, SV-Nr.: 2013/0485)	-15.390.700,86	
31.12.2011		35.524.763,45	
Abgang	Verrechnung mit Allg. Rückl. (insbes. Abwertung RWE)		
Abgang	lt. festgestellter Jahresrechnung 2012 (SRT 02.10.2014, SV-Nr.: 2014/0341)	-15.029.591,92	
31.12.2012		20.495.171,53	
Abgang	lt. festgestellter Jahresrechnung 2013 (SRT 26.03.2015, SV-Nr.: 2015/0078)	-10.005.751,47	
31.12.2013		10.489.420,06	
Abgang	lt. festgestellter Jahresrechnung 2014 (SRT 22.10.2015, SV-Nr.: 2015/0359)	-10.489.420,06	
31.12.2014		0,00	
Zugang 1	Verrechnung mit Allg. Rückl. (insbes. Wertaufholung RWE und Inventurabgänge)		
Zugang 2	lt. festgestellter Jahresrechnung 2017 (SRT 11.10.2018, SV-Nr.: 2018/0373)	9.455.084,26	
31.12.2017		9.455.084,26	
Zugang 1	Verrechnung mit Allg. Rückl. (insbes. Wertaufholung RWE und einige Abgänge)		
Zugang 2	lt. festgestellter Jahresrechnung 2018 (SRT 12.12.2019, SV-Nr.: 2019/0566 bzw. 0566-E1)	2.434.616,46	
31.12.2018		11.889.700,72	
Zugang 1	Verrechnung mit Allg. Rückl. (insbes. Wertaufholung RWE und einige Abgänge)		
Zugang 2	lt. festgestellter Jahresrechnung 2019 (SRT 17.09.2020, SV-Nr.: 2020/0455 bzw. 0455-E1)	563.354,47	
31.12.2019		12.453.055,19	
Zugang	lt. festgestellter Jahresrechnung 2020 (SRT 31.03.2022, SV-Nr.: 2022/0113 bzw. 0113-E1)	16.050.154,74	
31.12.2020		28.503.209,93	
Abgang	lt. HH 2021	0,00	-5.393.056,00
31.12.2021		28.503.209,93	
Abgang	lt. HH 2022	-4.260.122,00	-4.260.122,00
31.12.2022		24.243.087,93	
Abgang	lt. HH-Entwurf 2023 für 2023	-10.035.363,00	-9.692.859,00
31.12.2023		14.207.724,93	
Abgang	lt. HH-Entwurf 2023 für 2024	-6.236.580,00	-5.854.152,00
31.12.2024		7.971.144,93	
Abgang	lt. HH-Entwurf 2023 für 2025	-3.584.444,00	-3.282.895,00
31.12.2025		4.386.700,93	



Lt. Verteiler

- vorab per E-Mail -

**Haushaltentwurf 2023;
Benehmensherstellung zur Festsetzung der Regionsumlage
hier: Fortschreibung der Eckdaten**

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie die fortgeschriebenen Eckdaten zum Haushaltsentwurf der StädteRegion für das Haushaltsjahr 2023.

Gegenüber den Ihnen mit Schreiben vom 09.08.2022 übersandten Eckdaten wurden insbesondere die Zahlen aus der sog. Arbeitskreisrechnung zum Finanzausgleich 2023 vom 30.08.2022 eingearbeitet.

Daraus ergeben sich folgende Auswirkungen auf die Haushaltsplanung der StädteRegion für das Jahr 2023 sowie für die Mittelfristplanung 2024 bis 2026:

Haushaltsplanung 2023

Nach der Arbeitskreisrechnung ergeben sich veränderte Umlagegrundlagen für die Regionsumlagen (Allgemeine und differenzierte Umlage) sowie für die Landschaftsumlage. Ebenso gibt es Veränderungen bei den Schlüsselzuweisungen sowie bei den Bedarfszuweisungen (Investitionspauschale Sozialhilfeträger sowie Schul- und Bildungspauschale).

Zudem ist es anhand der vorliegenden Berechnungsparameter jetzt im Einzelnen möglich, die der Stadt Aachen zuzurechnenden Anteile im Rahmen der differenzierten Umlage exakt zu berechnen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass es sich immer noch um vorläufige Zahlen handelt, allerdings zeigen die Erfahrungen aus den zurückliegenden Jahren, dass sich regelmäßig nur noch marginale Verschiebungen bis zur endgültigen Festsetzung der Zahlen des Finanzausgleichs ergeben.

A 20
Kämmerei/Kasse

Dienstgebäude
Zollernstraße 10
52070 Aachen

Telefon Zentrale
0241 / 5198 - 0

Telefon Durchwahl
0241 / 5198 - 2424

Telefax
0241 / 5198 - 82424

E-Mail
thomas.classen@
staedteregion-aachen.de

Auskunft erteilt
Herr Claßen

Zimmer
A 215

Aktenzeichen
(bitte immer angeben)
20.21.01

Datum
06.09.2022

Telefax Zentrale
0241 / 53 31 90

Bürgertelefon
0800 / 5198 000

Internet
[http://www.
staedteregion-aachen.de](http://www.staedteregion-aachen.de)

Bankverbindungen
Sparkasse Aachen
BLZ 390 500 00
Konto 304 204
SWIFT AACSD33
IBAN DE21 39050000
0000304204

Postgirokonto
BLZ 370 100 50
Konto 1029 86-508 Köln
SWIFT PBNKDEFF
IBAN DES237010050
0102986508

Erreichbarkeit
Buslinien 1, 3, 7, 11, 13,
14, 21, 27, 33, 34, 37,
46, 56, 57, 77, 163 bis
Haltestelle Normaluhr.
Ca. 5 Minuten Fußweg
vom Hauptbahnhof.

Im Einzelnen:

a) Allgemeine Regionsumlage

Der **Umlagebedarf sinkt** gegenüber der bisherigen Berechnung **um knapp 3,57 Mio. €**, da die positivere Entwicklung bei den Schlüsselzuweisungen der StädteRegion die negative Folge aus den höheren Umlagegrundlagen (bei einem zunächst zu unterstellenden unveränderten Umlagesatz 2023 des LVR von 16,65 %) überkompensiert. Der im Benehmenspapier vom 09.08.2022 irrtümlich nicht der Stadt Aachen zugerechnete Anteil an der Inklusionspauschale wurde im Zuge der Neuberechnung dabei ebenfalls korrigiert. Zu diesem **positiven Saldo, der rd. 1,65 Mio. €** Verbesserung gegenüber den bisherigen Berechnungen ausmacht, kommt eine **um rd. 1,92 Mio. € höher geplante Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage** im Jahr 2023. Diese höhere Inanspruchnahme ist deshalb vertretbar, weil nach der Vorlage der Arbeitskreisrechnung kein größerer Puffer für etwaige negative Wirkungen aus dem Finanzausgleich vorgehalten werden muss. Die **Umlagegrundlagen** für den Altkreis steigen gegenüber dem Eckdatenpapier von rd. 529,8 Mio. € in 2022 nicht auf rd. 561,5 Mio. € in 2023, sondern weiter auf rd. 570 Mio. €.

Im Ergebnis kann damit **im Jahr 2023 der Umlagesatz der Allgemeinen Regionsumlage unverändert gegenüber 2022 bei 37,3 %** gehalten werden.

b) Differenzierte Umlage Stadt Aachen

Die vorliegenden Zahlen der Arbeitskreisrechnung und die damit mögliche genaue Zuordnung der anteiligen Landschaftsumlage und der Schlüsselzuweisungen sowie der Bedarfszuweisungen führt für die Stadt Aachen zu einem **um knapp 2,7 Mio. € höheren Umlagebedarf** als noch im Eckdatenpapier vom 09.08.2022 ausgewiesen. Das liegt insbesondere an den deutlich stärker als angenommen steigenden Umlagegrundlagen der Stadt Aachen einerseits, die sich bei der anteiligen Landschaftsumlage mit einer Mehrbelastung von rd. -2.757 T€ (bei einem hier ebenfalls zunächst zu unterstellenden unveränderten Umlagesatz 2023 des LVR von 16,65 %) niederschlagen, und an den in etwas geringerem Umfang der Stadt Aachen zuzuordnenden anteiligen Schlüsselzuweisungen der StädteRegion (rd. -359 T€) andererseits. Berücksichtigt ist dabei auch bereits der etwas höhere Anteil der Stadt Aachen an den Bedarfszuweisungen (rd. +158 T€) sowie der Anteil an der Inklusionspauschale von +289 T€.

Aufgrund der deutlich gestiegenen Umlagegrundlagen, die sich nicht von rd. 533,8 Mio. € in 2022 auf rd. 563 Mio. € in 2023, sondern auf rd. 579,9 Mio. € entwickelt haben, sinkt dennoch der Umlagesatz der Stadt Aachen gegenüber der bisherigen Planung von rd. 34,5% auf rd. 34,0 %.

Ebenfalls angepasst wurde aufgrund der zwischenzeitlichen Abstimmung zwischen den beiden Verwaltungen die Einbeziehung des Anteils der Stadt Aachen an den Kosten des Ehrenamts. Diese wird nun nicht mehr über die differenzierte Umlage dargestellt, sondern über eine entsprechende Erstattung innerhalb des Budgets, die Nettobelastung der Stadt wie auch Altkreiskommunen in dieser Aufgabe ändert sich dadurch nicht.

c) Differenzierte Umlage Jugendamt

Bei der Jugendamtsumlage ergibt sich für 2023 aufgrund der Neukalkulation der Abschreibungen sowie der korrespondierend dazu aufzulösenden Sonderposten im Bereich der KiTa's zunächst eine Verbesserung und somit eine **Verringerung des Umlagebedarfs 2023 um rd. 277 T€ auf rd. 24.888 T€.**

Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es hier auch in zweierlei Hinsicht deutliche **Negativtendenzen** gibt:

Einerseits sind in den **Haushaltszahlen 2023 noch nicht die Auswirkungen aus dem Tarifvertrag Sozial- und Erziehungsdienst enthalten.** Die entsprechenden Anpassungen werden im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt 2023 vorgenommen werden müssen. Sobald hier konkrete Zahlen vorliegen, wird Sie Herr Heyn, Amtsleiter A 51, unmittelbar informieren.

Andererseits sind im Zuge des **Jahresabschlusses 2021**, der noch aufzustellen und zu prüfen ist, so dass diese Werte als vorläufig zu betrachten sind, erhaltene Einnahmen von 152 T€ wegen einer voraussichtlichen Rückzahlung zu passivieren. Darüber hinaus sind für Rückzahlungen aus der Abrechnung vergangener Jahre noch Rückstellungen in Höhe von rd. 670 T€ zu bilden. Der vorläufige Spitzabrechnungsbetrag für das Jahr 2021, der von den Jugendamtskommunen in 2023 zu erstatten sein wird, beläuft sich unter Einbeziehung von Isolierungsbeträgen nach dem NKF-CIG **nach aktueller Einschätzung auf rd. -727 T€.**

d) Differenzierte Umlage ÖPNV

Der absolute Umlagebetrag 2023 ändert sich nicht, durch die vorliegende Berechnung der Umlagegrundlagen ergeben sich allerdings leicht veränderte Anteile der Altkreiskommunen. Dabei ist nochmals darauf hinzuweisen, dass der Schlüssel noch auf dem Fahrplan Sommer 2021 basiert und dieser somit auf den Sommer 2022 fortzuschreiben ist, wodurch sich weitere Verschiebungen der jeweiligen kommunalen Anteile ergeben könnten.

e) Landschaftsumlage

Der LVR hat einen beschlossenen und genehmigten Doppelhaushalt 2022/2023 mit einem Umlagesatz von 16,65 % für das Jahr 2023. Dieser Umlagesatz ist daher nach jetzigem Stand den Berechnungen zugrunde zu legen.

Auch für den LVR ergeben sich nach der Arbeitskreisrechnung deutlich höhere Umlagegrundlagen und Schlüsselzuweisungen, als der LVR seiner Planung für 2023 zugrunde gelegt hat. Diese Positivabweichungen sind so erheblich, dass seitens der StädteRegion, aber sicherlich auch seitens der übrigen umlageverpflichteten Kommunen, die deutliche Erwartung an den LVR gestellt werden wird, dass auf diese unerwartet positive Entwicklung mit einer deutlichen Senkung des LVR-Umlagesatzes für 2023, ggf. in Form eines Nachtrags, reagiert werden muss.

Sofern sich hier im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung über den städteregionalen Haushalt 2023 bis zur geplanten Verabschiedung am 08.12.2022 konkrete Veränderungen abzeichnen oder bis dahin im LVR

bereits beschlossen sein sollten, wird dies ebenfalls zu einer Reduzierung der Umlagesätze führen.

f) Ausgleichsrücklage

Die Ausgleichsrücklage wurde in den einzelnen Jahren 2023 bis 2026 jeweils mit einer höheren Inanspruchnahme eingeplant, als das im bisherigen Eckdatenpapier der Fall war. Wie unter Buchstabe a) dargestellt, ist eine nahezu komplette Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage vertretbar, da die Arbeitskreisrechnung als verlässlich anzusehen ist und somit kaum noch Risiken hinsichtlich des Finanzausgleichs für 2023 bestehen. Die geplante Gesamtinanspruchnahme ist mit rd. 28,4 Mio. € für die Jahre 2021 bis 2026 fast genau so hoch, wie in der Mittelfristplanung des aktuellen Haushalts 2022 mit rd. 28,5 Mio. € vorgesehen. Der rechnerisch verbleibende Restbetrag der Ausgleichsrücklage Ende 2026 beläuft sich demnach auf rd. 128 T€.

Mittelfristplanung 2024 bis 2026:

Die in die Planung 2023 nunmehr einbezogenen Zahlen der Arbeitskreisrechnung führen in der Fortschreibung für die Jahre 2024 bis 2026 unter entsprechend veränderter geplanter Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zu der Möglichkeit, die Regionsumlage auf konstant 37,5 % zu senken (geplanter Umlagesatz 2024 ff. in der Mittelfristplanung des beschlossenen Haushalts 2022: je 39,0 %; geplanter Umlagesatz 2024 ff. laut Eckdatenpapier vom 09.08.2022: je 38,5 %). Das setzt allerdings voraus, dass die vorhergesehenen und noch nicht durch Orientierungsdaten untermauerten positiven Entwicklungen insbesondere bei den Steuereinnahmen und damit mittelbar auch bei den Schlüsselzuweisungen eintreten und dass die Belastungen und Kostensteigerungen aus der Aufgabenerfüllung nicht unerwartet stark an verschiedenen Stellen ansteigen.

Die aktualisierten Zahlen sowie die konkreten neuen Umlagebeträge und Umlagesätze können Sie den als Anlagen beigefügten Aufstellungen entnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Tim Grüntemeier
Städteregionsrat

Anlagen

Verteiler:

Frau Oberbürgermeisterin **Sibylle Keupen**, Rathaus, 52066 Aachen
Herrn Bürgermeister **Alfred Sonders**, Hubertusstraße 17, 52477 Alsdorf
Herrn Bürgermeister **Pierre Froesch**, Mariastraße 2, 52499 Baesweiler
Frau Bürgermeisterin **Nadine Leonhardt**, Rathausplatz 1, 52249 Eschweiler
Herrn Bürgermeister **Dr. Benjamin Fadavian**, Rathausplatz 1, 52134 Herzogenrath
Frau Bürgermeisterin **Dr. Carmen Krämer**, Laufenstraße 84, 52156 Monschau
Herrn Bürgermeister **Jorma Klauss**, Hauptstraße 55, 52159 Roetgen
Herrn Bürgermeister **Bernd Goffart**, Rathausplatz, 52152 Simmerath
Herrn Bürgermeister **Patrick Haas**, Rathausstraße 11-13, 52222 Stolberg
Herrn Bürgermeister **Roger Nießen**, Morlaixplatz 1, 52146 Würselen

Herrn Städteregionsrat **Dr. Tim Grüttemeier**
Frau **Birgit Nolte**, KDin/Dezernentin II
Herrn **Dr. Michael Ziemons**, Dezernent III
Frau **Susanne Lo Cicero-Mahrenberg**, Dezernentin IV
Herrn **Markus Terodde**, Dezernent V
Herrn **Gregor Jansen**, Dezernent VI
A 15 – Kommunalaufsicht
S 13 – Öffentlichkeitsarbeit

Durchschrift:

CDU-Fraktion im Städteregionstag
SPD-Fraktion im Städteregionstag
GRÜNE-Fraktion im Städteregionstag
FDP-Fraktion im Städteregionstag
AfD-Fraktion im Städteregionstag
UPP-Fraktion im Städteregionstag
DIE LINKE-Fraktion im Städteregionstag

Nachrichtlich per Mail:

Kämmerin/Kämmerer der ra. Kommunen

Haushalts-/Finanzplanung 2023 - 2026															
OE	Produkt	Teilprodukt	Bezeichnung Produkt / Teilprodukt	Ergebnis 2021			Ansatz 2022			2023			2024	2025	2026
				Erträge €	Aufwendungen €	Saldo €	Erträge €	Aufwendungen €	Überschuss/ Zuschuss- bedarf €	Erträge €	Aufwendungen €	Überschuss/ Zuschuss- bedarf €	Überschuss/ Zuschuss- bedarf €	Überschuss/ Zuschuss- bedarf €	Überschuss/ Zuschuss- bedarf €
			Dezernat I	0,00	0,00	0,00	19.418.427	-28.342.078	-8.923.651	20.764.645	-31.677.943	-10.913.298	-9.235.596	-10.391.190	-9.900.586
			Dezernat II	0,00	0,00	0,00	18.663.635	-32.170.670	-13.507.035	18.860.701	-33.790.106	-14.929.405	-15.667.484	-15.823.158	-15.980.390
			Dezernat III	0,00	0,00	0,00	212.067.682	-374.213.924	-162.146.242	224.896.599	-393.064.418	-168.167.819	-171.217.533	-174.217.418	-177.427.261
			Dezernat IV	0,00	0,00	0,00	10.703.491	-59.266.080	-48.562.589	10.978.243	-67.487.982	-56.509.739	-55.496.228	-55.439.893	-56.960.775
			Dezernat V	0,00	0,00	0,00	44.901.132	-98.080.833	-53.179.701	52.066.919	-107.343.374	-55.276.455	-59.130.018	-59.670.317	-60.225.732
			Dezernat VI	0,00	0,00	0,00	32.275.394	-37.119.627	-4.844.233	30.271.209	-38.371.585	-8.100.376	-8.207.726	-8.603.877	-8.370.838
			Summe Dezernate I - VI	0,00	0,00	0,00	338.029.761	-629.193.212	-291.163.451	357.838.316	-671.735.408	-313.897.092	-318.954.585	-324.145.853	-328.865.582
			Allg. Deckungsmittel	0,00	0,00	0,00	474.604.475	-187.701.146	286.903.329	519.182.349	-217.236.952	301.945.397	311.972.716	319.783.757	328.046.285
			Summe insgesamt	0,00	0,00	0,00	812.634.236	-816.894.358	-4.260.122	877.020.665	-888.972.360	-11.951.695	-6.981.869	-4.362.096	-819.297
			Überschüsse/Defizite nach derzeitigem Stand der Haushaltsplanung						-4.260.122		-11.951.695	-6.981.869	-4.362.096	-819.297	
			Haushaltsausgleich unter Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage (Veranschlagung Fehlbedarf)						4.260.122		11.951.695	6.981.869	4.362.096		
			(geplante Inanspruchnahme lt. MiFri 2022)						5.393.056		4.260.122	9.692.859	5.854.152	3.282.895	0
			Umlagegrundlagen (nur Altkeis AC wg. diff. RU Stadt AC)						529.841.980		570.032.104	590.952.282	614.885.849	639.788.726	
												2023	2024	2025	2026
			Umlage lt. Umlagesatz MiFri 2022						37,3000%	197.631.059		222.312.521	230.471.390	239.805.481	249.517.603
												39,0000%	39,0000%	39,0000%	39,0000%
			- Weniger-/Mehrbedarf									-9.690.546	-8.864.283	-9.223.287	-9.596.829
			Veränderung Umlage gegenüber MiFri 2022									-1,7000%	-1,5000%	-1,5000%	-1,5000%
			neue Allgemeine Regionsumlage zum Haushaltsausgleich						197.631.059		212.621.975	221.607.106	230.582.194	239.920.773	
												37,3%	37,5%	37,5%	37,5%
			Veränderung Umlage gegenüber Vorjahr									0,0000%	0,2000%	0,0000%	0,0000%
			nachrichtlich: diff. Umlage Stadt Aachen						175.487.309		197.141.934	202.421.682	207.644.699	213.310.153	
			Umlagegrundlagen Stadt AC						533.787.420		579.925.264	601.208.521	625.557.466	650.892.543	
			Umlagesatz diff. RU Stadt Aachen						32,8759%		33,9944%	33,6691%	33,1935%	32,7719%	

Allgemeine Regionsumlage Entwurf 2023					
Stadt/ Gemeinde	Umlagegrundlagen bisher 2023	Regionsumlage bisher 38,5 %	Umlagegrundlagen neu 2023	Regionsumlage neu 37,3 %	Differenz bisher/neu
Alsdorf	92.495.496,78	35.610.766,00	93.681.950,13	34.943.367,00	- 667.399,00
Baesweiler	43.948.270,64	16.920.084,00	44.701.631,94	16.673.709,00	- 246.375,00
Eschweiler	110.958.389,33	42.718.980,00	111.912.834,12	41.743.487,00	- 975.493,00
Herzogenrath	80.001.533,61	30.800.590,00	81.232.702,73	30.299.798,00	- 500.792,00
Monschau	17.017.415,92	6.551.705,00	17.196.622,57	6.414.340,00	- 137.365,00
Roetgen	13.435.881,67	5.172.815,00	13.609.301,92	5.076.270,00	- 96.545,00
Simmerath	23.048.288,42	8.873.591,00	23.548.910,53	8.783.744,00	- 89.847,00
Stolberg	113.076.581,41	43.534.484,00	114.256.538,06	42.617.689,00	- 916.795,00
Würselen	67.546.424,89	26.005.374,00	69.891.612,22	26.069.571,00	64.197,00
Summe	561.528.282,66	216.188.389,00	570.032.104,21	212.621.975,00	- 3.566.414,00

Fehlbedarf = Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage
bisher rd. 10,8 Mio. €, neu rd. 11,95 Mio. €

Differenzierte Umlage "Abrechnung Stadt Aachen"									
OE	Produkt	Teil- produkt	Bezeichnung Produkt / Teilprodukt	2023			2024	2025	2026
				Erträge	Aufwendungen	Überschuss/ Zuschussbedarf	Überschuss/ Zuschuss-	Überschuss/ Zuschuss-	Überschuss/ Zuschuss-
				HH-Entwurf	HH-Entwurf	HH-Entwurf	bedarf	bedarf	bedarf
				€	€	€	€	€	€
Dez. I									
Nr. 3	01.04.01	910100	Personalbedarf zentrale Ämter – Personal	0	-63.500	-63.500	-63.500	-63.500	-63.500
	01.04.01	910130	Personalbedarf zentrale Ämter – Personal		-148.600	-148.600	-148.600	-148.600	-148.600
	010701		Personalbedarf zentrale Ämter – Kämmerei		-159.200	-159.200	-159.200	-159.200	-159.200
	010702		Personalbedarf zentrale Ämter – Kasse		-131.750	-131.750	-131.750	-131.750	-131.750
	011201		Personalbedarf zentrale Ämter – Gebäudemang.		-30.400	-30.400	-30.400	-30.400	-30.400
	Zwischensumme Personalmehrbedarf zentrale Ämter			0	-533.450	-533.450	-533.450	-533.450	-533.450
Nr. 4	01.01.01		Anteil Städteregionstag 22,22 %	0	-474.731	-474.731	-495.296	-500.249	-505.251
	01.04.01	910120	Anteil Ausbildung 27,69 %	0	-909.512	-909.512	-918.608	-927.794	-937.072
	01.14.01		Anteil Personalrat 20,0 %	0	-101.070	-101.070	-102.081	-103.102	-104.133
	Zw.-summe Nr. 4 der BM-Vereinbarung			0	-1.485.314	-1.485.314	-1.515.985	-1.531.144	-1.546.456
S 80	15.02.01		Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen	6.000.000		6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000
	Zw.-summe S 80			6.000.000	0	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000
	Zw.-summe Dez. I			6.000.000	-2.018.764	3.981.236	3.950.565	3.935.406	3.920.094
Dez. II									
A 32	02.03.01	932100	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	0	-10.000	-10.000	-10.100	-10.201	-10.303
		932110	Sprengstoffrechtliche Angelegenheiten	9.323	-14.913	-5.589	-5.645	-5.702	-5.759
		932120	Aufgaben nach der Gewerbeordnung (GewO)	54.300	-78.238	-23.938	-24.177	-24.419	-24.663
	02.03.04		Bekämpfung der Schwarzarbeit	32.303	-72.430	-40.127	-40.528	-40.933	-41.343
	Zw.-summe A 32			95.926	-175.580	-79.654	-80.450	-81.255	-82.067
A 33	02.03.05	933200	Aufenthaltsangelegenheiten	1.003.476	-6.046.452	-5.042.976	-5.093.406	-5.144.340	-5.195.783
		933210	Einbürgerungen, Namensänderungen, Personenstand	202.440	-408.716	-206.276	-208.339	-210.423	-212.527
	Zw.-summe A 33			1.205.916	-6.455.168	-5.249.253	-5.301.745	-5.354.763	-5.408.310
A 36	02.03.09	936100	Verwaltung	178.570	-535.714	-357.144	-360.715	-364.322	-367.966
		936200	Zulassungsstelle	2.028.684	-1.450.107	578.576	584.362	590.206	596.108
		936300	Führerscheinstelle	855.347	-1.231.735	-376.388	-380.152	-383.954	-387.793
		936400	Ausnahmegenehmigungen	203.945	-489.395	-285.450	-288.304	-291.187	-294.099
	Zw.-summe A 36			3.266.545	-3.706.951	-440.405	-444.809	-449.258	-453.750
	Zw.-summe Dez. II			4.568.387	-10.337.699	-5.769.312	-5.827.005	-5.885.275	-5.944.128

Differenzierte Umlage "Abrechnung Stadt Aachen"									
OE	Produkt	Teil- produkt	Bezeichnung Produkt / Teilprodukt	2023			2024	2025	2026
				Erträge	Aufwendungen	Überschuss/ Zuschussbedarf	Überschuss/ Zuschuss-	Überschuss/ Zuschuss-	Überschuss/ Zuschuss-
				HH-Entwurf	HH-Entwurf	HH-Entwurf	bedarf	bedarf	bedarf
				€	€	€	€	€	€
Dez. III									
A 46	06.08.01	946200	Zusätzliche Integrationsarbeit/Antirassismuarbeit		-23.513	-23.513	-23.748	-23.985	-24.225
Zw.-summe A 46				0	-23.513	-23.513	-23.748	-23.985	-24.225
A 50	03.09.01		Leistungen nach dem BAFöG	579	-242.968	-242.390	-244.814	-247.262	-249.734
	05.01.01	950100	Verwaltung	52.894	-2.147.108	-2.094.214	-2.114.645	-2.135.280	-2.156.121
		950101	Hilfe zum Lebensunterhalt	963.679	-6.041.221	-5.077.542	-5.179.093	-5.282.675	-5.388.328
		950110	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	40.110.944	-40.110.944	0	0	0	0
		950120	Hilfen zur Gesundheit	263.400	-5.505.560	-5.242.160	-5.347.003	-5.453.943	-5.563.022
		950130	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	0	0	0	0	0	0
		950140	Hilfe zur Pflege	441.386	-19.665.380	-19.223.994	-19.608.474	-20.000.643	-20.400.656
		950150	Hilfe zur Überwindung bes. soz. Schwierigkeiten	0	-336.045	-336.045	-342.766	-349.621	-356.614
		950160	Hilfe in anderen Lebenslagen	0	-312.430	-312.430	-318.679	-325.052	-331.553
		950170	Freiwillige Förderungen	0	-543.671	-543.671	-554.544	-565.635	-576.948
		950180	Delegationsaufgaben	4.008.488	-4.008.488	0	0	0	0
		950200	Pflegewohngeld	62.427	-8.901.100	-8.838.673	-9.015.446	-9.195.755	-9.379.670
		950210	Bewohnerbezogene Aufwendungszuschüsse	4.961	-2.402.600	-2.397.639	-2.445.592	-2.494.504	-2.544.394
		950220	Wohn- und Pflegeberatung	0	0	0	0	0	0
		950230	Pflegestützpunkte	0	0	0	0	0	0
	05.02.01	950300	Verwaltung	11	-129.707	-129.695	-130.992	-132.302	-133.625
		950301	Verwaltung ARGE	11.983.839	-16.055.798	-4.071.959	-4.169.686	-4.207.213	-4.329.222
		950310	Leistungen für Unterkunft und Heizung	49.352.269	-69.513.840	-20.161.571	-20.484.156	-20.893.839	-21.311.716
		950390	Sonstige kommunale Leistungen nach SGB II	2.934.800	-4.667.821	-1.733.021	-1.767.681	-1.803.035	-1.839.096
	05.03.01	950400	Verwaltung	143.951	-1.120.863	-976.912	-1.000.358	-1.010.361	-1.020.465
		950410	Leistungen nach dem OEG, SVG, BSeuchG			0	0	0	0
		950420	Leistungen nach dem SGB IX	253.219	-253.650	-431	-436	-440	-445
		950430	Eingliederungshilfe örtl. Träger	60.784	-4.933.950	-4.873.166	-4.921.898	-4.971.117	-5.020.828
		950440	Eingliederungshilfe n. Teil 2 SGB IX	573.932	-574.400	-468	0	0	0
		950450	Leistungen nach dem BKGG (BTP)	790.590	-790.590	0	0	0	0
	05.03.03	950520	Leistungen Bildung und Teilhabe (Hortkinder/Schulso	0	0	0	0	0	0
		950530	Leistungen nach dem AsylbLG (Flüchtlinge)			0	0	0	0
	07.01.05		Aufgaben nach dem Wohn- und Teilhabegesetz	19.724	-523.329	-503.605	-503.606	-508.642	-513.729
Zw.-summe A 50				112.021.876	-188.781.463	-76.759.587	-78.149.869	-79.577.321	-81.116.167
A 53	07.01.01		Gesundheitsamt	1.865.193	-7.479.154	-5.613.961	-5.701.577	-5.769.996	-5.839.236
Zw.-summe A 53				1.865.193	-7.479.154	-5.613.961	-5.701.577	-5.769.996	-5.839.236
A 57	05.03.02		Aufgaben des Schwerbehindertenrechts	839.199	-1.596.184	-756.985	-764.554	-772.200	-779.922
	05.06.01	957100	Aufgaben/Leistungen n.d. Bundeselterngeldgesetz	252.925	-443.679	-190.755	-192.662	-194.589	-196.535
		957200	Betreuungsgeld	0	0	0	0	0	0
Zw.-summe A 57				1.092.124	-2.039.863	-947.739	-957.217	-966.789	-976.457
Zw.-summe Dez. III				114.979.193	-198.323.993	-83.344.800	-84.832.411	-86.338.091	-87.956.085

Differenzierte Umlage "Abrechnung Stadt Aachen"									
OE	Produkt	Teil- produkt	Bezeichnung Produkt / Teilprodukt	2023			2024	2025	2026
				Erträge	Aufwendungen	Überschuss/ Zuschussbedarf	Überschuss/ Zuschuss-	Überschuss/ Zuschuss-	Überschuss/ Zuschuss-
				HH-Entwurf	HH-Entwurf	HH-Entwurf	bedarf	bedarf	bedarf
				€	€	€	€	€	€
Dez. IV									
A 39	02.08.01	939100	Veterinäraufsicht	15.820	-148.447	-132.627	-133.954	-135.293	-136.646
		939110	Tierschutz	9.834	-446.095	-436.261	-440.624	-445.030	-449.480
		939120	Tierkörperbeseitigung	1.330	-36.965	-35.635	-35.991	-36.351	-36.714
		939130	Tierzuchtberatung	432	-26.041	-25.608	-25.864	-26.123	-26.384
	02.08.02	939200	Lebensmittelüberwachung	159.168	-1.527.413	-1.368.245	-1.381.927	-1.395.747	-1.409.704
	02.08.03		Schlachttier- und Fleischüberwachung	1.661	-13.669	-12.008	-12.128	-12.250	-12.372
			Zw.-summe A 39	188.245	-2.198.629	-2.010.384	-2.030.488	-2.050.793	-2.071.301
S 64	12.02.01		Kreisstraßen - Unterhaltung / AfA		-135.410	-135.410	-136.764	-138.131	-139.513
	12.02.01		Kreisstraßen - Instandsetzung		-330.000	-330.000	-200.000	0	0
			Zw.-summe S 64	0	-465.410	-465.410	-336.764	-138.131	-139.513
A 62	09.02.01		Vermessung, Erhebung und Führung v. Geobasisdaten	202.337	-2.031.549	-1.829.213	-1.847.505	-1.865.980	-1.884.640
	09.02.02		Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement	3.593	-641.714	-638.122	-644.503	-650.948	-657.458
	09.02.03		Grundstückswertermittlung	11.805	-476.906	-465.101	-469.752	-474.450	-479.194
			Zw.-summe A 62	217.734	-3.150.170	-2.932.436	-2.961.760	-2.991.378	-3.021.292
A 63	10.02.01		Wohnraumförderung	101.509	-298.584	-197.075	-198.060	-199.051	-200.046
			Zw.-summe A 63	101.509	-298.584	-197.075	-198.060	-199.051	-200.046
A 70	02.11.01		Jagd- und Fischereiangelegenheiten	23.331	-69.968	-46.637	-47.103	-47.574	-48.050
	13.04.01		Aufgaben ohne Personalübergang - Artenschutz	0	-31.700	-31.700	-31.700	-31.700	-31.700
			Zw.-summe A 70	23.331	-101.668	-78.337	-78.803	-79.274	-79.750
			Zw.-summe Dez. IV	530.819	-6.214.461	-5.683.642	-5.605.876	-5.458.627	-5.511.901
Dez. V									
A 40	03.01.01	940120	Kleebachschule in Aachen	108.648	-2.839.315	-2.730.667	-2.801.664	-2.829.681	-2.857.978
	03.01.02	940220	Lindenschule in Aachen	336.293	-1.667.274	-1.330.981	-1.349.615	-1.363.111	-1.376.742
	03.01.04	940600	Janusz-Korczak-Schule in Aachen	5.044	-275.307	-270.263	-278.912	-281.701	-284.518
	03.02.01	940750	Käthe-Kollwitz-Schule in Aachen	142.580	-2.470.468	-2.327.888	-2.479.201	-2.503.993	-2.529.033
		940760	Mies-van-der-Rohe-Schule in Aachen	151.929	-3.026.137	-2.874.208	-3.035.164	-3.065.515	-3.096.170
		940770	Berufskolleg für Gestaltung und Technik in Aachen	152.780	-4.726.847	-4.574.067	-4.766.178	-4.813.840	-4.861.978
		940780	Paul-Julius-Reuter-Berufskolleg in Aachen	106.647	-2.735.166	-2.628.519	-2.773.088	-2.800.818	-2.828.827
		940790	Berufskolleg für Wirtschaft und Verwaltung in Aachen	113.000	-1.904.391	-1.791.391	-1.949.033	-1.968.524	-1.988.209
	03.03.01	940800	Abendrealschule	0	-8.531	-8.531	-8.616	-8.702	-8.789
	03.05.01	940910	WBK/Abendgymnasium	6.922	-247.200	-240.278	-248.447	-250.931	-253.441
		940400	Allgemeine Schulverwaltung	1.252	-758.826	-757.574	-662.877	-669.506	-676.201
			Zw.-summe A 40	1.125.095	-20.659.462	-19.534.367	-20.352.794	-20.556.322	-20.761.885

Differenzierte Umlage "Abrechnung Stadt Aachen"									
OE	Produkt	Teil- produkt	Bezeichnung Produkt / Teilprodukt	2023			2024	2025	2026
				Erträge	Aufwendungen	Überschuss/ Zuschussbedarf	Überschuss/ Zuschuss-	Überschuss/ Zuschuss-	Überschuss/ Zuschuss-
				HH-Entwurf	HH-Entwurf	HH-Entwurf	bedarf	bedarf	bedarf
				€	€	€	€	€	€
A 41	03.04.04		Schulaufsicht	106.114	-1.451.143	-1.345.029	-1.358.479	-1.372.064	-1.385.784
			Zw.-summe A 41	106.114	-1.451.143	-1.345.029	-1.358.479	-1.372.064	-1.385.784
A 43	03.04.02	943100	Bildungsbüro	442.973	-923.773	-480.801	-485.609	-490.465	-495.369
		943200	Modellprojekt "Lernen vor Ort"	0	0	0	0	0	0
		943300	Bildungszugabe	0	-292.167	-292.167	-293.043	-293.922	-294.804
		943400	Übergangsmangement Schule-Beruf-Studium	97.168	-245.149	-147.982	-149.461	-150.956	-152.465
			Zw.-summe A 43	540.140	-1.461.089	-920.949	-928.113	-935.343	-942.639
A 51	06.04.01	951500	Erziehungsberatung mit Schulpsychologie, Familien- bildungsstätten (all. RU)	13.151	-83.464	-70.313	-67.360	-68.033	-68.714
		951510	Adoptionsvermittlung (allg. RU)	1.654	-54.569	-52.914	-53.444	-53.978	-54.518
	060005		Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe	0	-34.285	-34.285	-36.239	-36.601	-36.967
			Zw.-summe A 51	14.806	-172.318	-157.512	-157.042	-158.613	-160.199
			Zw.-summe Dez. V	1.786.155	-23.744.011	-21.957.856	-22.796.428	-23.022.341	-23.250.507
Dez. VI									
A 38	02.04.01		Feuerschutz	0	-20.164	-20.164	-20.365	-20.569	-20.775
	02.07.01		Leitstelle für Rettungsdienst, Feuer- und K'Schutz	2.477.440	-3.697.672	-1.220.232	-1.232.434	-1.244.758	-1.257.206
			Zw.-summe A 38	2.477.440	-3.717.835	-1.240.395	-1.232.434	-1.244.758	-1.257.206
			Zw.-summe Dez. VI	2.477.440	-3.717.835	-1.240.395	-1.232.434	-1.244.758	-1.257.206
AD	16.01.01		Schlüsselzuweisungen vom Land	9.530.520	0	9.530.520	10.007.045	10.407.327	10.781.991
			Schul- und Bildungspauschale	3.871.773	0	3.871.773	4.065.362	4.227.976	4.380.183
			Investitionspauschale	1.325.929	0	1.325.929	1.392.226	1.397.795	1.448.115
			Inklusionspauschale	289.000	0	289.000	291.890	294.809	297.757
			Landschaftsumlage einschl. Bedarfsumlage		-98.144.388	-98.144.388	-101.834.617	-105.958.919	-110.218.467
			Landschaftsumlage (Bedarfsumlage ELAG-Abr.)	0	0	0	0	0	0
	16.02.01		Zuführung zu Rückstellungen (Pensionen etc.)		0	0	0	0	0
			Zw.-summe AD	15.017.222	-98.144.388	-83.127.166	-86.078.094	-89.631.012	-93.310.421
			Gesamtsumme	145.359.216	-342.501.150	-197.141.934	-202.421.682	-207.644.699	-213.310.153
Umlagegrundlagen						579.925.264	601.208.521	625.557.466	650.892.543
Umlagesatz						33,9944	33,6691	33,1935	32,7719

diff. Umlage Jugendamt 2023	Summe	Baesweiler	Monschau	Roetgen	Simmerath
Zu erwartender Zuschussbedarf	-24.888.197	-11.231.402	-4.320.697	-3.419.373	-5.916.726
Umlagegrundlagen	99.056.467	44.701.632	17.196.623	13.609.302	23.548.911
Umlagesatz	25,1253%	25,1253%	25,1253%	25,1253%	25,1253%
Abrechnungsbetrag aus 2021 in 2023 von den Kommunen zu erstatten	-727.021,12	-333.221,57	-130.700,37	-89.252,79	-173.846,40
Zahllast 2023 gesamt	-25.615.218,12	-11.564.623,78	-4.451.396,87	-3.508.625,57	-6.090.571,90

Mehrbelastung ÖPNV 2022 / 2023									
Stadt/ Gemeinde	Umlagegrundlagen 2022	Satz	ÖPNV-Umlage 2022	Umlagegrundlagen 2023	Satz	ÖPNV-Umlage 2023	Differenz 2022/2023	Abrechnungsbetrag an St./Gd. für 2021	Zahllast 2023
Alsdorf	87.618.574	2,5579%	2.241.201	93.681.950	2,7629%	2.588.358	347.157	233.448,60	2.354.909,40
Baesweiler	41.437.017	2,1215%	879.068	44.701.632	2,2516%	1.006.517	127.449	90.779,60	915.737,40
Eschweiler	104.100.366	2,9278%	3.047.878	111.912.834	3,1114%	3.482.031	434.153	314.050,62	3.167.980,38
Herzogenrath	75.840.078	3,8691%	2.934.323	81.232.703	4,0239%	3.268.749	334.426	294.814,27	2.973.934,73
Monschau	16.318.213	4,9914%	814.500	17.196.623	4,9013%	842.861	28.361	76.019,19	766.841,81
Roetgen	12.172.934	5,7775%	703.292	13.609.302	6,1684%	839.471	136.179	75.713,37	763.757,63
Simmerath	21.737.838	4,3962%	955.631	23.548.911	4,6268%	1.089.553	133.922	98.268,71	991.284,29
Stolberg	106.431.535	3,7620%	4.003.996	114.256.538	3,8470%	4.395.489	391.493	396.437,03	3.999.051,97
Würselen	64.156.256	2,7520%	1.765.611	69.891.612	2,7871%	1.947.971	182.360	175.690,96	1.772.280,04
insgesamt	529.812.811		17.345.500	570.032.104		19.461.000	2.115.500	1.755.222,35	17.705.777,65

Entwicklung der Ausgleichsrücklage/Allgemeine Rücklage			
		Ausgleichs- rücklage €	Veränderung lt. vorjähriger Planung €
01.01.2010	lt. festgestellter Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 (SRT 28.06.2012, SV-Nr.: 2012/0259)	57.406.022,00	
Zu-/Abgang 31.12.2010	lt. festgestellter Jahresrechnung 2010 (SRT 18.07.2013, SV-Nr.: 2013/0209)	-6.490.557,69	
		50.915.464,31	
Abgang 31.12.2011	lt. festgestellter Jahresrechnung 2011 (SRT 12.12.2013, SV-Nr.: 2013/0485)	-15.390.700,86	
		35.524.763,45	
Abgang 31.12.2012	Verrechnung mit Allg. Rückl. (insbes. Abwertung RWE) lt. festgestellter Jahresrechnung 2012 (SRT 02.10.2014, SV-Nr.: 2014/0341)	-15.029.591,92	
		20.495.171,53	
Abgang 31.12.2013	lt. festgestellter Jahresrechnung 2013 (SRT 26.03.2015, SV-Nr.: 2015/0078)	-10.005.751,47	
		10.489.420,06	
Abgang 31.12.2014	lt. festgestellter Jahresrechnung 2014 (SRT 22.10.2015, SV-Nr.: 2015/0359)	-10.489.420,06	
		0,00	
Zugang 1 Zugang 2 31.12.2017	Verrechnung mit Allg. Rückl. (insbes. Wertaufholung RWE und Inventurabgänge) lt. festgestellter Jahresrechnung 2017 (SRT 11.10.2018, SV-Nr.: 2018/0373)	9.455.084,26	
		9.455.084,26	
Zugang 1 Zugang 2 31.12.2018	Verrechnung mit Allg. Rückl. (insbes. Wertaufholung RWE und einige Abgänge) lt. festgestellter Jahresrechnung 2018 (SRT 12.12.2019, SV-Nr.: 2019/0566 bzw. 0566-E1)	2.434.616,46	
		11.889.700,72	
Zugang 1 Zugang 2 31.12.2019	Verrechnung mit Allg. Rückl. (insbes. Wertaufholung RWE und einige Abgänge) lt. festgestellter Jahresrechnung 2019 (SRT 17.09.2020, SV-Nr.: 2020/0455 bzw. 0455-E1)	563.354,47	
		12.453.055,19	
Zugang 31.12.2020	lt. festgestellter Jahresrechnung 2020 (SRT 31.03.2022, SV-Nr.: 2022/0113 bzw. 0113-E1)	16.050.154,74	
		28.503.209,93	
Abgang 31.12.2021	lt. Entwurf JA 2021	0,00	-5.393.056,00
		28.503.209,93	
Abgang 31.12.2022	lt. HH 2022	-4.260.122,00	-4.260.122,00
		24.243.087,93	
Abgang 31.12.2023	lt. HH-Entwurf 2023 für 2023	-11.951.695,00	-9.692.859,00
		12.291.392,93	
Abgang 31.12.2024	lt. HH-Entwurf 2023 für 2024	-6.981.869,00	-5.854.152,00
		5.309.523,93	
Abgang 31.12.2025	lt. HH-Entwurf 2023 für 2025	-4.362.096,00	-3.282.895,00
		947.427,93	
Abgang 31.12.2026	lt. HH-Entwurf 2023 für 2026	-819.297,00	
		128.130,93	